

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt am Sonntag als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Frau Welt“, „Fronen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 76.— Mk., für das übrige Ausland 94.— Mk.

Die geschäftliche Korrespondenz über deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Inzerentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Inzerentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Kurt Hiller, Berlin, Unter den Eichen 87. Fernsprecher Zentrum 152 90—153 90

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Sieb Briands gegen Poincaré

Briand vor einem Staatsgerichtshof?

(W.Z.) Paris, 3. Juni

Der ehemalige Ministerpräsident Briand erklärte in einer Rede an seine Wähler in Nantes

die Hauptaufgabe der französischen Regierung sei die Sicherstellung des Friedens.

Frankreich sei auf dem Schlachtfeld von allen freien Völkern unterstützt worden.

Es dürfe deshalb bei dieser Aufgabe der Sicherung des Friedens mit seiner Macht keinen Mißbrauch treiben.

Briand fuhr fort, seine politische Tätigkeit werde stark kritisiert und es scheine, daß man ihn vor den Staatsgerichtshof stellen wolle. Er werde dort mit erhobenem Haupt erscheinen und die Verantwortung für seine Regierungshandlungen übernehmen. Seine Ansicht sei gewesen, daß in einem beunruhigten Europa nichts unternommen werden dürfe, was Frankreich isolieren und neue Konflikte hervorrufen könne.

Briand sprach alsdann von der Reparationsfrage und der oberösterreichischen Frage, die während seiner Regierungszeit entschieden worden sei, und von der Besetzung von Ruhrort, Düsseldorf und Duisburg, die die Schläffel zu Essen seien. Es sei sein Ruhm, daß er, wenn er eine derart entschlossene Haltung eingenommen habe, sich vorher der Teilnahme der Alliierten verschert habe. Schließlich sprach der ehemalige Ministerpräsident über die Konferenz von Cannes. Die Reparationskommission habe ein Moratorium bewilligt und Kontrollmaßnahmen festgelegt, die in Cannes bestätigt worden seien. Solche Begegnungen mit den Alliierten, wie in Cannes, seien nicht zu vermeiden. Sie hätten ihre Wurzel im Versailler Vertrag. In der Reparationskommission sei je ein Delegierter der Regierungen vertreten. Wenn sie sich nicht einigen, müsse man nach dem Vertrag sich an die Vorkonferenz wenden, und wenn diese auch keine Einigung zustande bringe, müsse die Frage an die Alliierten zurückgegeben werden. Wenn man sich aber nicht auf Entfremdung verständigen könne, bestehe eben die Notwendigkeit, sich für eine Begegnung zu entscheiden. Zu seiner Zeit habe man diese Auseinandersetzungen Konferenzen genannt, jetzt nenne man sie Meinungsaustausch. Schließlich wies Briand noch darauf hin, daß er von Lloyd George in dem Gedanken, daß, wenn Frankreich und England vor der gesamten Welt geeint seien, ein Krieg unmöglich werde, den Entwurf eines englisch-französischen Paktess erhalten habe.

Der englisch-französische Pakt

Paris, 3. Juni

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt zu wissen, daß die Frage des französisch-britischen Paktes in den letzten Tagen wieder aufgeworfen wurde. In den Unterredungen, die der französische Botschafter mit Lord Balfour bei dessen Uebnahme der Geschäfte des Foreign Office gehabt habe, seien offensichtlich alle zurzeit zwischen den beiden Regierungen schwebenden Fragen angeschnitten worden. So daß der Pakt auf ganz natürliche Weise zur Sprache gekommen sei.

Schwierige Beratungen

Paris, 3. Juni

Sowohl „Le Temps“ als auch „Humanité“ glauben zu wissen, daß die Bankierkonferenz, die gestern ihre Sitzungen unterbrochen hat und sie erst am 6. Juni wieder aufnehmen wird, nur dann eine internationale Anleihe für möglich hält, wenn die Deutschland auferlegten Verpflichtungen erheblich herabgesetzt werden.

Der „Petit Parisien“ schreibt, daß, trotzdem das strengste Geheimnis über die Beratungen des Komitees Morgau gewahrt wird, man doch wisse, daß in den Verhandlungen zwei Möglichkeiten für die Ausgabe einer deutschen Reparationsanleihe ins Auge gefaßt würden. Die erste Möglichkeit wäre eine große Kreditoperation, die von einer Ermäßigung der deutschen Reparationsanleihe und die Aufhebung der alliierten Kriegsschulden begleitet wäre. Dieser Plan scheint, dem Blatte zufolge, einzuwirken am Widerstande Amerikas zu scheitern. Der zweite Plan beträfe die Ausgabe einer befristeten Anleihe in Erwartung einer späteren allgemeinen Regelung. Aber auch dieser zweite Plan bietet Schwierigkeiten. Vom französischen Standpunkt aus betrachtet, würde die zweite Lösung Frankreich nur eine geringe Summe eintragen, da zuerst die belgische Priorität befriedigt werden müßte und dann ein Teil der Anleihe wahrscheinlich für die Stabilisierung der deutschen Saluta

verwendet würde. Es sei darum nicht gewiß, daß das Komitee Morgau in der nächsten Woche eine allgemeine befriedigende Lösung finden werde.

Der „New York Herald“ meint, daß in den bisherigen Verhandlungen des Komitees nur die deutsche Finanzlage geprüft wurde. Der nächste Mittwoch werde aber ein entscheidender Tag sein, da an diesem Tage die Möglichkeit, Deutschland eine Anleihe zu gewähren, entschieden werden wird. Ein Mitglied des Komitees Morgau erklärte den Korrespondenten des Blattes, daß die Bankiers sich ausschließlich mit der Frage der Garantie für die Weidicher zu befassen hätten und daß sie zu der Ueberzeugung gelangt seien, daß die Funktionen, die sie anfänglich von der Reparationskommission in dieser Beziehung erhalten hätten, unklar seien. Aus diesem einzigen Grunde seien die Sitzungen verweigert worden.

London, 3. Juni

Lord Robert Cecil erklärte in einer Rede in Sheffield über die Frage des Wiederaufbaues Europas, der Fehler des Versailler Vertrages bestehe darin, daß Reparationen von Deutschland gefordert würden, welche die Zahlungsfähigkeit Deutschlands übersteigen. Der Friedensvertrag sei auf Gewalt gegründet anstatt auf Versöhnung. Cecil tritt für eine Regelung der europäischen Frage auf Grund der Brüderlichkeit und des Zusammenwirkens ein.

Poincaré's Einwände

Paris, 3. Juni

Präsident Poincaré sandte den alliierten Mächten und den Neutralen ein Memorandum, worin er die Bedingungen für einen Erfolg der Haager Konferenz auseinandersetzt. Zunächst wünscht er eine Beschränkung der zur Beratung kommenden Punkte und weiter verlangt er, daß die Ruffen aufgefordert werden, ihr Memorandum vom 11. Mai zurückzugeben.

Abzug der Faschisten von Bologna

(E.P.) Mailand, 3. Juni

Durch den Abzug der bewaffneten Faschistenabteilungen aus Bologna ist die Lage in der Stadt wieder normal geworden. Die Läden sind wieder geöffnet. Der Brief Mussolini an seine Parteigenossen hat beruhigend gewirkt. Mussolini forderte seine Anhänger auf, ihre Agitation vorläufig kurze Zeit einzustellen. Der Staat habe seine Existenz und Widerstandsfähigkeit zeigen wollen. Eine Panik sei indessen angebracht. Ministerpräsident Facta hat nach dem Ministerial Pressedirektoren erklärt, die aus Bologna einreisenden Nachrichten lauten beruhigend. Er wünsche, um jeden Preis die Achtung vor den Gesetzen zu wahren und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Wer die Regierung auffordert, mit starker Hand einzuschreiten, vergesse, daß mit dieser Weisheit der Staat nur verschärft und die Gemüter immer mehr erregt werden. Den Präfekten von Bologna könne er nicht abberufen, solange die Faschisten die Stadt nicht verlassen hätten.

Osterreichs Außenpolitik und das neue Ministerium

(W.Z.) Wien, 3. Juni

Eine hiesige Korrespondenz veröffentlicht eine Unterredung des Wiener Vertreters des Blattes „Frager Presse“ mit dem Außenminister Dr. Grünberger, der es als selbstverständlich bezeichnet, daß die Politik der wirtschaftlichen Annäherung, wie sie sich von selbst als Notwendigkeit für alle Nachfolgeschichten ergeben habe, auch von der gegenwärtigen Regierung weitergeführt werden wird. Alle Besorgnisse über eine Aenderung der auswärtigen Politik Oesterreichs, die nach wie vor in erster Linie durch seine wirtschaftlichen Bedürfnisse diktiert sei, entspreche daher jeder Begründung.

Ausperrung der englischen Arbeiter beendet.

(E.P.) London, 3. Juni

Die 47 Gewerkschaften, die schon verschiedene Wochen ausgesperrt sind, haben gestern mit einer Mehrheit von 32 000 Stimmen beschlossen, nächste Woche die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Wirren in China

(E.P.) Peking, 3. Juni

General Wu-wei-su, der seit der Niederlage des Generals Chang, der unbeschränkter Herrscher Chinas ist, hat den früheren Präsidenten der Republik Li-quan-lung eingeladen, nach Peking zurückzukehren, um wieder die Funktionen als Präsident der Republik zu übernehmen. Das Parlament, das im Jahre 1917 aufgelöst worden ist, ist wieder einberufen worden. Man glaubt, daß es den von Wu-wei-su bezeichneten Präsidenten annehmen wird.

Eine neue Abteilung englischer Matrosen ist in der Nähe von Tientsin ausgeschifft worden, um die englischen Interessen gegen die Banden des Marschalls Chang zu schützen.

Die Berliner Güter-Mißwirtschaft

C. B. Groß-Berlin ist Großgrundbesitzer, hat über 30 000 Hektar Land. Dieses Land ist zu etwa 1/4 als Rieselfeldanlage genutzt. Das heißt, es werden darauf die Abwässer der Berliner Aborte geschüttet. Eingrichtet wurden die Rieselfelder 1871—1880, um diese Abwässer nicht mehr in die Spree gelangen und deren Wasser verpesten zu lassen. Der Zweck war die Beseitigung, bezw. Vernichtung der menschlichen Dungsstoffe, nicht deren Ausnutzung zu Produktionszwecken. Zwar hatte bereits in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts der größte deutsche Chemiker, Justus v. Liebig, gewarnt vor der europäischen Raubwirtschaft in der Nutzung der „nahrungsproduzierenden Erde“, gepriesen, die uralte rationelle Landwirtschaft der — Chinesen und Japaner, die es seit 3000 Jahren verstanden haben, durch Ausnutzung des menschlichen Abortdüngers die Fruchtbarkeit ihres Bodens zu steigern, den Aedern sichere Erträge abzugewinnen, die, auf den Morgen Land gerechnet, 2—3 mal so hoch waren, wie im damaligen Deutschland. Seitdem hat ja nun die deutsche Landwirtschaft ihre Erträge ebenfalls stark gesteigert, wenn auch nicht ganz bis zur Höhe der chinesischen. Dies hatte sie aber erreicht durch die steigende Verwendung von teurem, großenteils aus dem Auslande eingeführten Kunstdünger. In der Verwendung der menschlichen Fäkalien sind wir nach wie vor rückständig. Namentlich die Fäkalien von etwa 40 Millionen Stadtmenschen in Deutschland werden höchstens zu 1/10 landwirtschaftlich genutzt. Bei Berlin liegen die Dinge so, daß auf die Rieselfelder eine Abortschlammhöhe von etwa rund 2 Meter Höhe im Jahre geschüttet wird, während die natürlichen Regen- und Schneewasser nur einer Wasserschicht von etwas über einem halben Meter entsprechen. Was ist nun das Ergebnis einer derartigen Wirtschaft? Daß die Ackergewächse überdüngt, bezw. vergiftet werden: sie bekommen etwa das 10- bis 15fache an Pflanzennährstoffen im Verhältnis zu dem, was Höchsternten gestrauchen könnten. Und dabei sind — wenigstens die Getreideernten — keineswegs Höchsternten: der Roggen gibt im Durchschnitt nicht über 10 Zentner auf den Morgen, während sonst auf guten Böden, bei guter Bearbeitung und Düngung, 15—18, ja 20 Zentner geerntet werden. Die Rieselfelder geben ja hohe Erträge an Gras — leider nur mag das Vieh dieses geist, überdüngte Gras nicht fressen. Rüben und Gemüse geben ebenfalls hohe Erträge, nur mag sie weder Mensch noch Vieh, es sei denn in höchster Not.

Die Berliner Rieselfelder bringen keine Rente. Wo liegt die Schuld? Natürlich bei dem verruchten Sozialismus! Die Sozialisten mit ihrem Bürokratismus, ihrem achtsündigen Arbeitstag sind es, die die Rentabilität verhindern! Ja, waren denn die Rieselfelder zu den seltsamen Zeiten, als der Freisinn im roten Hause alleinherrschend war, rentabel? Nein, das waren sie nicht! Die agrarische Presse hat sich immer über die landwirtschaftlichen Mißerfolge der Berliner Freisinniger lustig gemacht. Den wahren Grund, daß es dem damaligen Magistrat gar nicht auf Rentabilität, sondern auf Vernichtung von volkswirtschaftlichen Werten, schnellste Vernichtung der Fäkalien ankam, verschwiegen man. Die Landwirtschaft als solche war dem Berliner Magistrat stets nur ein notwendiges Uebel: die ganze Weisheit, die er einwickelte, war nicht die: wie nütze ich den Düngerwert der Fäkalien, sondern die: auf welcher geringsten Fläche bringe ich sie um, vernichte ich sie! Denn der Ankauf von Land und seine Herrichtung, „Aptierung“ zu Rieselfeldzwecken kostete ja Geld. Und dieses Geld wollte man sparen. Man wollte mit dem geringstmöglichen Anlagekapital für die Rieselfelder auskommen und nahm deren Unrentabilität gern mit in den Kauf. Dies änderte sich nicht einmal im Weltkrieg, als Deutschland von fremder Nahrungsmittelzufuhr abgeschnitten war. Die Vergeudung des eigenen Düngers wurde fortgesetzt. Gewiß war es im Kriege schon schwieriger, die Arbeitskräfte für die Instandsetzung neuer Rieselfelder zu bekommen. Aber zu machen wäre es schon gewesen: hat man doch mit Hilfe von Kriegsgefangenen viel Moor- und Unland urbar gemacht, für das es keinen Kunstdünger gab, das infolgedessen nur geringe Erträge liefern konnte. In der Umgebung Berlins hätte man schon durch die Anlage von 30 000 Hektar neuer Rieselfelder mehr Kartoffeln und Gemüse gewinnen können, als die Berliner Bevölkerung brauchte. Aber dazu fehlte dem Berliner Magistrat das Verständnis.

Heute sollen die Berliner Stadtväter losgeschlagen, d. h. verpachtet werden, um eine Rentabilität zu erzielen. 60 Millionen Mark Pachttumme soll geboten worden sein (also eine ganze Million Goldmark). Haben sich die wohlweisen Berliner Stadtväter auch bei den Sachkundigen erkundigt, welchen Düngewert die Berliner-Abwässer vorstellten? Bis jetzt offenbar nicht. Aber es soll ja eine Sachverständigen-Kommission einberufen werden, die mit affenartiger Weichwändigkeit in 14 Tagen ihre Gutachten produzieren soll, d. h. das nachholen, was man 40 Jahre lang veräumt hat. Da die Kommission keine neuen Experimente und chemischen Untersuchungen wird vornehmen lassen können, so bleibt uns wohl nichts übrig, als auf die alten Untersuchungen von C. Heiden aus dem Jahre 1881 zurückzugehen. Danach sind enthalten in den jährlich ausgeschiedenen menschlichen Excrementen 5,2 Kilogramm Stickstoff, 14 Kilogramm Phosphorsäure, 1,08 Kilogramm Kalium. Der heutige Preis für ein Kilogramm Stickstoff beträgt ungefähr 60 Mark; 1 Kilogramm Phosphorsäure kommt auf 25 Mark, ein Kilogramm Kali auf 7 Mark. Rechnet man die Groß-Berliner Bevölkerung zu rund 4 Millionen, und liefert diese 4 mal 5,2 = 20,8 Millionen Kilo Stickstoff, so repräsentiert allein der Stickstoff einen Wert von 1248 Millionen heutiger Papiermark. Der Phosphorsäurewert war 5 mal 25 = 125 Millionen, der Kaliumwert 30 Millionen. Insgesamt produzieren daher die Berliner für 1408 Millionen Mark Dünge-werte. Mit diesen Werten könnte man bei zweckmäßiger, rationaler Düngung Ausdehnung der Rieselfelder auf 120-150 000 Hektar Getreide, Kartoffeln und Zucker zum Werte von 5-6000 Millionen Papiermark gewinnen; Berlin könnte seinen Bedarf an Roggenbrot, Kartoffeln und Zucker vollständig aus seinen Rieselfeldern gewinnen. Allerdings die Anlage solcher erweiterten Rieselfelder würde mehrere Milliarden Papiermark kosten, und vor allen Dingen, man würde die Angst haben, dem Sozialismus entgegenzukommen, und heute ist doch Privatwirtschaft Trumpf. Ob mit Recht oder Unrecht, bleibt sich gleich. Das Defizit Berlins ist aber so groß, daß wenigstens die sozialistischen Parteien, vielleicht auch das demokratische Zentrum, es sich überlegen müßten, ob denn wirklich auch in Zukunft die Vernichtung großer volkswirtschaftlicher Werte (1408 Millionen Mark) als der Weisheit letzter Schluss gepriesen werden muß. Können die Mittel für die Ausdehnung von Rieselfeldern nicht in 1 oder 2 Jahren aufgebracht werden, so können sie es im Laufe von 10 Jahren ganz sicher. Die Entlastung der bisherigen Rieselfelder von überschüssigen Düngegemengen würde sie bereits in 1-2 Jahren rentabel machen. Wenn man schon Sachverständigen-Kommissionen einberuft (mit hohen Vergütungen), dann sollte man doch wenigstens auch Pläne einfordern über die modernsten, technisch vollkommensten und billigsten Methoden der Rieselfeld- bzw. der künstlichen Beregnung.

Höchst bedauerlich ist es, daß nichts genaueres über den Umfang der zu verpachtenden Flächen und die näheren Bedingungen in die Öffentlichkeit gelangt ist. Wir wissen nicht einmal, ob der Väter-Konzern überhaupt einverstanden ist, die gesamten Abwässer zu übernehmen; ob er nicht vielleicht nur soviel nehmen will, als es ihm paßt (d. h. so viel, als zur Erzielung von Höchstergebnis erforderlich ist), und die Sorge für die Beseitigung des schädlichen Restes, das heißt von 1/10 der Berliner Abwässer den Berliner Stadtvätern überläßt.

Der Entwurf des Zwangsanleihegesetzes

Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe ist nunmehr dem Reichstage zugegangen. Danach sollen alle Vermögen von mehr als 100 000 M. zur Zwangsanleihe herangezogen werden. Für weniger leistungsfähige Kreise erhöht sich die Freigrenze auf 300 000 M. Falls zu der geringeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit noch Arbeitsunfähigkeit hinzukommt, oder wenn die betreffende Person ein Alter von 60 Jahren erreicht hat, sind Vermögen bis zu einer Million Mark von der Zwangsanleihe befreit. Die Zwangsanleihe soll insgesamt 60 Milliarden Mark aufbringen und die Anleihe drei Jahre zinsfrei bleiben. Für die nächsten fünf Jahre schlägt der Regierungsentwurf einen Zinssatz von 3/4 Prozent vor und für die Folgezeit 4 Prozent. Der Reichsrat, dem die Regierungsentwürfe bekanntlich zur Prüfung zugehen, bevor sie an den Reichstag gelangen, hält diese Verzinsungsvorschläge für zu schwach. Er will bereits vom 1. Oktober 1925 an 4 Prozent bewilligt wissen. Die Tilgungsrate ist auf 1/4 v. H. und als Stütze für die Vermögensfeststellung ist der 31. Dezember festgelegt. Damit aber bereits im Laufe des Jahres 1922 ein Teil der Anleihe kassig gemacht werden kann, soll ein jeder bis zum 1. Oktober selbst einschlagen. Erweist sich bei Selbstanschätzungen das endgültige Vermögen um mehr als ein Viertel höher als der selbstgeschätzte Vermögensbeitrag, so wird ein Strafzuschlag erhoben. Es können auch Voranschätzungen nach dem vierfachen Betrage des Reichsnoteplers erfolgen.

Eine neue Geschäftsordnung für den Reichstag

Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Reichstags hat den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für den Reichstag fertiggestellt. Im allgemeinen sind die bisherigen Bestimmungen wenig verändert. Die Zahl der Ausschüsse wird auf 14 bestimmt, aber daneben kann der Reichstag noch andere Ausschüsse einsehen. Für Anträge sind mindestens 30 Unterschriften von Abgeordneten notwendig, ebenso für Interpellationen. Die „kurz und bestimmt“ gefaßt sein müssen. Nach dem § 87 des Entwurfs darf die Redezeit auch 1/2 Stunden nicht überschreiten. Für bestimmte Vereinigungen kann die Redezeit durch Beschluß des Reichstags ohne Verrechnung verlängert werden. Spricht ein Mitglied über die Redezeit hinaus, so entfällt ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort. Ist einem Redner das Wort entzogen, so darf er es über den Gegenstand nicht wieder erhalten. Ist ein Redner dreimal in derselben Rede zur Rede oder zur Ordnung gerufen worden, so kann das Haus auf Antrag des Präsidenten beschließen, daß dem Redner das Wort entzogen werde, wenn nach dem 2. Ordnungsruf der Redner vom Präsidenten auf diese Folge hingewiesen worden ist. Nach § 91 kann im Falle größter Verlesung der Ordnung ein Mitglied durch den Präsidenten von dieser Sitzung ausgeschlossen werden. Das Mitglied hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Leistet der Abgeordnete der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, keine Folge, so wird die Sitzung unterbrochen oder ausgesetzt.

In diesem Falle zieht sich der Abgeordnete ohne weiteres den Ausschluß für die folgenden acht Sitzungstage zu. Bei wiederholter Weigerung, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten, tritt der Ausschluß an zwanzig Sitzungstagen ein. Wenn im Reichstag störende Unruhen entstehen, so kann der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aufheben. Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verläßt er den Präsidentensitz. Die Sitzung ist alsdann auf eine Stunde unterbrochen.

Die Regierungskrise in Sachsen

Was wir gestern noch zu bezweifeln wagten, scheint doch Ereignis zu werden. Die Kommunisten wollen die sozialistische Regierung in Sachsen stürzen! Was gelten diesen Leuten auch Arbeiterinteressen. Sie spielen mit ihnen, wie Kinder mit bunten Murmeln. — So nahm eine Sitzung des Unterbezirks Chemnitz am 28. Mai folgenden Beschluß an:

„Die Landtagsfraktion ist verpflichtet, den beiden sozialdemokratischen Parteien ultimativ zu erklären, daß sie die vier Forderungen der Kommunisten, einschließlich der des Betriebsrätekongresses, annehmen und erfüllen müssen. Söhnen sie das ab, dann ist der Polizei-, der Justiz- sowie der Gesamtarbeit zu gehorchen.“

Und eine Funktionärskonferenz der Chemnitzer SPD erklärte die Politik der sächsischen sozialistischen Regierung für eine — „Sinnespolitik“. Die weitere Unterstützung der jetzigen Regierung sei deshalb für die SPD unmöglich:

„In dieser Situation ist es Aufgabe der SPD, den Kampf der Massen für ihre proletarischen Forderungen zu organisieren. Nur (!) ein Betriebsrätekongress auf den alle Fragen der sächsischen Politik festgelegt werden, kann die Grundlage geben für eine proletarische Politik in Sachsen und kann Garantien für ihre Durchführung schaffen.“

Danach wird jetzt in Sachsen daselbe elende und verbrecherische Gauflenspiel getrieben, wie weilsand mit der Reuenerkommission. Man stellt ultimativ Bedingungen an die Mehrheit, um die ersehnte Sprengung eines gemeinsamen Vorgehens zu erreichen. Und dann kommt die neue Parole: Einheitsfront von unten auf, diesmal Betriebsrätekongress als politische Legislative und Exekutive. Man stelle sich nur die hier geforderte Konfusion vor: Eine Regierung, die nicht nur anzukämpfen hat gegen die Einheitsfront der Bürgerlichen und die verschiedenen Saboteure, sondern die auch noch unter fortgesetzter Kontrolle nicht nur des Parlaments, sondern obendrein noch des Betriebsrätekongresses steht! Wo da noch eine Regierung positive Arbeit leisten soll, das mügen, außer den Kommunisten, vielleicht nur die Götter wissen.

Es fällt uns nach alledem wirklich schwer, den Anspruch der Kommunisten ernst genommen zu werden, zu befreiben. Denn wenn man überdies noch die geistige „Note Fahne“ liest, was dort der aus Chemnitz verschriebene Nagel saß, so bleibt uns nur ein mittelloses Kopf-schütteln. Nagel schreibt wörtlich: „Eine Arbeiterregierung ist eine Klassenregierung des Proletariats... weil sie sich auf die Organe der Arbeitermacht stützt.“ — „Etwas ganz anderes ist aber eine sozialistische Regierung“, ihre Mitglieder seien nur zufällig (!) Mitglieder der SPD, und der U.S.P. Vor diesem Geistes-Nagel strecken wir die Segel.

Wir meinen doch: Für politische Wanderschaften legend eines jugendlichen Gernegroßes ist die Zeit und die besondere Frage zu ernst. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt denn auch mit Recht: „Aber es muß doch einmal gesagt werden, daß in dieser Weise nicht weitergearbeitet werden kann. Wo soll es hinführen, wenn auf der einen Seite die Parteivertreter unterhandeln, auf der anderen Seite aber die „kommunistischen Massen“ in den Betrieben immer neue Verwirrung und Uneinigkeit schaffen. Diese Doppelgängigkeit muß aufhören. Wenn die Kroenen und Genossen glauben, Sachsen, das einst als Probierlande für die Reaktionen galt, legt zum Probierlande für den kommunistischen Wahnsinn machen zu können, dann muß die sozialistische Arbeiterkraft diesem verbrecherischen Treiben mit aller Energie entgegentreten.“

Die monarchistischen Brandstifter

Wir beachten gestern unter der Ueberschrift: „Gefindel“ Meldungen über nationalistische Exzesse, die in Hamburg sogar zu Sprengattentaten auf den kommunistischen Zeitungsdruck und auf das Denkmal für die Revolution führten. Und schon wieder wird von einem neuen Sprengversuch aus Hamburg gemeldet: In der Nacht vom 2. zum 3. Juni sah ein Schupmann im Schaufenster der kommunistischen Buchhandlung Karl Höpff eine brennende Lampe. Der Schupmann warf Lampe und Sprengkörper auf die Straße, wo kurz darauf eine Explosion erfolgte, ohne jedoch Schaden anzurichten.

Desgleichen wird von neuen deutschnational-monarchistischen Demonstrationen aus Breslau und Potsdam gemeldet. In Breslau fand wie in Hamburg eine sog. Stageralfest statt. Die Arbeiterschaft verurteilte jedoch diese Herausforderung aller republikanisch Denkenden zu bereinigen, wobei die Deutschnationalen zu Tätligkeiten übergriffen. Es kam dadurch zu einem Handgemenge.

In Potsdam bei Berlin ist für den 24. Juni ebenfalls ein monarchistischer Sammel geplant. Am Vormittag findet in der Friedländerstraße der Ritterhof der Johanniterorden statt. Am selben Tage veranstaltet der Deutschösterreichische Schutz- und Trutzbund einen sogenannten Germanentag. Weiter findet eine große germanische Sonnenwendfeier unter Beteiligung sämtlicher „vaterländischer“ Verbände auf dem Brauhäuserberg statt.

Wie lange will sich die demokratische Republik diese Verhöhnungen und die damit verbundene Hege zum Bürgerkrieg noch gefallen lassen?

Der Monarchisten-Kahr

Die bayerische Landtagsfraktion der U.S.P. hat folgende Interpellation eingebracht:

„Der von der Republik befohlene Regierungspräsident von Oberbayern, Kahr, hielt jüngst in einer Versammlung eine Rede, in der er unverhüllt zur Wiedereinführung der Monarchie aufforderte. Minister des Reichsaates Bayern befanden sich unter den Zuhörern. Auf Grund der vorliegenden Zeitungsberichte haben die freisinnlichen Minister gegen das monarchistische Bekenntnis des von der Republik befohlene Herrn Kahr keinen Einspruch erhoben.“

Obwohl die Staatsregierung gegen die monarchistische Propaganda des von der Republik befohlener Regierungspräsidenten, der angeblich nicht von jüdisch-materiellistischer Meinung ist, etwas zu unternehmen. Was werden sie annehmenfalls zu unternehmen? Sind die freisinnlichen Minister nicht der Meinung, daß es für sie unethisch ist, widerstandslos an monarchistischen Annahmen teilzunehmen?“

Ein wertvolles Geständnis

Die „Neue Preussische Zeitung“ — „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ — schreibt in einem Artikel: Republik und Rechtsprechung:

„Gewiß gibt es keine Rechtsprechung im absolut objektiven Sinne. Auch der Richter kann, so ernsthaft sein Streben nach Objektivität auch sei, doch aus seiner Haut nicht heraus noch anders entscheiden, als es ihm das Zusammenwirken seines persönlichen Wissens, Denkens, Fühlens, Erlebens eingibt. Denn überall ist der Wille, d. h. das im eigentlichen Sinn Persönliche, der Despot des Verstandes, wenn es auch immer nur wenige sind, die sich dessen bewußt bleiben oder zu werden versuchen. Woraus denn, ach, so oft die schlimmsten, aller Rechtschaffenhait des Denkens“ spottenden Konsequenzen geboren werden.“

Sehr richtig. Das deutschnationale Organ bestätigt also, daß wir eine Klassenjustiz haben. Es muß nur noch hinzugesetzt werden, daß „Denken, Fühlen und persönlicher Wille“ der Mehrzahl der heutigen Richter deutschnational-monarchistisch ist.

Die fällige Reinigung

Die kommunistische Internationale reinigt schon wieder einmal. Diesmal hat man in der französischen kommunistischen Partei „Menschewisten“ und „Anechte der Bourgeoisie“ entdeckt. Die „Note Fahne“ bringt gleich zwei große Bannflüche von der Exekutive der 3. Internationale, die von Moskau aus das bisherige Mitglied Henri Fabres in Frankreich aus der Partei hinauswirft. Wie immer, schreibt der „beste Marxist Westeuropas“, August Thalheimer, gehoramt die Theorie dazu: die Reinigung „wird heilsam sein!“

Die Kommunisten schütern anscheinend ihre Liquidatorentheorien, um sich selbst zu liquidieren. Eine nette „Vorhut“!

Der Prozeß gegen die Sozial-Revolutionäre

(N.B.) Reval, 3. Juni.

Der Prozeß gegen die Sozial-Revolutionäre wird am 18. Juni beginnen. Den Angeklagten sowie den Verteidigern wurde die Anklageschrift, die 200 Seiten umfasst, übergeben. Die ausländischen Verteidiger Pau-dervelde, Rosenfeld und Liebknecht hatten schon eine Unterredung mit den Angeklagten, deren Zahl 34 beträgt, gehabt. Außer den drei genannten Ausländern werden die angeklagten Sozial-Revolutionäre von 15 örtlichen Advokaten verteidigt.

Tschitscherins und Rakowskis Verhandlungen in Berlin

Entgegen anders lautenden Mitteilungen treffen, wie der Litz-Gespräch erzählt, Tschitscherin und der Vorsitzende des Ukrainischen Rates der Volkskommissare, Rakowski, sowie die übrigen Mitglieder der russischen Genossenschafts-Delegation erst am 5. Juni in Berlin ein. Tschitscherin und Rakowski werden sich in Berlin zwecks Verhandlungen mit der deutschen Regierung einige Zeit aufhalten; insbesondere werden die Verhandlungen über die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die Sowjet-Ukraine neu aufgenommen werden.

Gegen die politisierenden Militärs

Die bayerische Landtagsfraktion hat folgende kurze Frage im bayr. Landtag eingebracht:

„Das Wehrkreiskommando München hat sich, Zeitungsnotizen zufolge an einem unmittelbaren Briefwechsel mit der interalliierten Militärkommission beteiligt. Es hat damit eine Ueberschreitung aufgenommen, die an Deutschlands Untertanen geführt hat, die Ueberschreitung nämlich, daß Militärs glauben, sich in Politik einmischen zu dürfen. Bei dem Mangel der deutschen Militärs an politischem Verständnis besteht kein Zweifel darüber, daß politisierende Wehrkreiskommandos nur neues Verhängnis über Deutschland bringen müßten.“

Ist die Staatsregierung bereit bei der Reichsregierung nachzuwirken:

1. daß den Reichswehrkreisen mit allem Nachdruck bedeutet wird, von ihren politischen Eingriffen ablassen und ihre Tätigkeit lediglich auf den Kasernenhof zu beschränken?
2. daß die an dem Schriftwechsel beteiligten Reichswehrkreise zur Verantwortung gezogen werden?“

Die irische Krise

London, 3. Juni.

Infolge der neuerlichen blutigen Zusammenstöße in Irland ist das zweite schottische Regiment in Plymouth eingeschifft und nach Irland gebracht worden.

Die Lage in Irland selbst ist recht bedauerlich. Seitens der englischen Regierung ist der irische Verfassungsentwurf, den die irische Regierung dem englischen Kabinett unterbreitet hatte, von diesem als unannehmbar zurückgewiesen worden.

Der irische Verfassungsentwurf sieht zu weitgehende Machtbefugnisse in den Beziehungen Irlands zum Auslande vor und beschneidet die Rechte des Vertreters der englischen Krone. Collins und Griffith haben allerdings der englischen Regierung erklärt, daß sie bereit sind, den Entwurf in gewissen Punkten abzuändern.

Berliner Verhandlungen des Anleihekomitees

Die Reparationskommission hatte der deutschen Regierung in ihrer Note angekündigt, daß sie ihr über die noch schwebenden Fragen weitere Mitteilungen zugehen lassen wolle. Dies soll unmittelbar nach dem Pfingstfest geschehen. Der Wortlaut der entsprechenden Note wurde gestern festgelegt. Der deutschen Regierung wird darin insbesondere bekanntgegeben, daß das Garantiekomitee um den 10. Juni in Berlin eintrifften werde, um seine Arbeiten sofort aufzunehmen.

Schwere Erkrankung Lenins

Nach Mitteilungen aus Moskau erlitt Lenin einen Bluterguß ins Gehirn, der voraussichtlich seine Regierungsfähigkeit auf längere Zeit unmöglich macht. Bei der russischen Sowjetmission liegt zwar eine Beschlusnahme nicht vor, aber bei den deutschen Regierungskreisen wird die Nachricht als der Wahrheit entsprechend bezeichnet.

Der italienische Anarchist Goldrini, der kürzlich von Deutschland nach Italien ausgeliefert wurde, ist wegen Teilnahme an dem Attentat im Mailänder Theater zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Der „Vorwärts“ und die Einigung

Der „Vorwärts“ bringt einen Zeitartikel, in dem er zu Kautskys Artikel über die Einigungsfrage Stellung nimmt.

Schon der Titel des Vorwärtsartikels zeigt, daß die SPD. im Gegensatz zu Kautsky die Einigung als Kapitulation der USPD. vor der SPD. auffaßt.

„Zurück zur Partei!“ lautet nämlich der Titel des Vorwärtsartikels. Das heißt also: Die USPD. mag sich der SPD. wieder anschließen, und die Einigung ist da. Wir haben keine andere Forderung der Stämpfer, Weiss und Müller erwartet. Diskutieren aber braucht man über einen solchen unmöglichen Standpunkt nicht.

Der „Vorwärts“-Artikel fabuliert über die Spaltung der sozialdemokratischen Partei im Kriege das tollste Zeug zusammen. Dafür gibt es nur die eine Entschuldigung, daß der Artikelsschreiber, offenbar Stämpfer, Vorgänge, die zur Spaltung führten und die Spaltung selbst aus eigenem Erleben gar nicht kennt. Um so unverantwortlicher ist allerdings seine Geschichtsleugnung, gegen die sich zu wenden auch Kautsky alle Ursache hätte, denn er wird als Kronzeuge für sie angerufen. Der „Vorwärts“ behauptet nämlich, auf dem Gothaer Gründungsparlament der USPD. Ostern 1917 sei die Spaltung der einzigen sozialdemokratischen Partei durch die „Spartakisten“ durchgeführt worden. In Wirklichkeit war die Spaltung vor Gotha perfekt. Am 10. Januar 1917, also drei Monate vorher, hatte der Parteivorstand auf Antrag des Parteivorstandes beschlossen, daß die Opposition sich „außerhalb der Partei“ gestellt habe und die Parteiorganisation verpflichtet seien, alle Anhänger der Opposition kurzerhand ohne Rechtsverfahren auszuschließen. Der „Vorwärts“ schrieb zu diesem, allem Parteirecht widersprechenden Verfahren am 2. Februar 1917:

„Die Spaltung kann nur so ein Mittel sein, um die Einheit der Arbeiterbewegung auf einer höheren Stufe zu verwirklichen.“

Unter ausdrücklicher Billigung des „Vorwärts“ haben also damals Parteivorstand und Parteianführer die Partei gespalten, um in der Restpartei die Mehrzahl zu behalten. Der Parteivorstand der Opposition in Gotha fand nach der Spaltung statt und sammelte und formierte lediglich die bereits aus der Partei ausgeschlossene Opposition wieder zu einem festen Organisationskörper. Was der „Vorwärts“ unter Berufung auf Kautsky als Anfang der Spaltung hinstellt, war ihr Ende. Tatsächlich und organisatorisch befand sich die Opposition also schon vor Gotha außerhalb der alten Partei, ideell betrachtete sie sich aber noch immer als deren linker Flügel. Deshalb nannten sie sich seit Gotha „Unabhängige sozialdemokratische Partei“ statt wie bis dahin „Opposition der sozialdemokratischen Partei“. Diese formale Namensänderung konsolidiert der „Vorwärts“ zur Parteisplaltung. Aus der bloßen Tatsache konsolidiert er also die Sache selbst, macht das Thermometer veramtlich für die Temperatur. Eine samote Geschichtsschreibung!

Der „Vorwärts“ phantasiert dann noch lang und breit über den kommunistischen Einfluß in der USPD., pouffiert Kautskys persönliche sehr stark, sagt aber mit keinem Wort, wie er sich faktisch die Einigung denkt, solange die eine Partei in der Regierung, die andere außerhalb der Regierung steht. Alle historischen und theoretischen Betrachtungen über die Einigung sind heute lächerlich überholt und müßig. Die Notwendigkeit der Einigung erkennt in der USPD. jeder ohne weiteres an. Der Punkt, der allein einer Klärung bedarf, ist der: welcher praktische Weg führt zur Einigung? Da aber verfügt der „Vorwärts“ vollkommen.

Wenn der „Vorwärts“ an und die Frage richtet, ob wir uns für das Leipziger Aktionsprogramm erklären oder nicht, so verwechselt er die USPD. mit der eigenen Partei, die zwar ein Programm auf ihrem letzten Parteitag angenommen und diesem Programm das Pippendekenntnis zum Klassenkampf eingestuft hat, für die aber dieses Programm ebenso gefada ist wie die sogenannten Gorki'schen Bedingungen für den Abschluß der Einigungs-Koalition in Preußen und jetzt in Braunschweig.

Su den Disziplinierungen der Eisenbahner

Wir haben verschiedentlich auf den groben Wortbruch hingewiesen, den sich das Reichskabinett und der Reichsverkehrsminister gegenüber den streikenden Eisenbahnbeamten leisteten. In der Denkschrift der Reichsgewerkschaft, die wir in Nr. 219 besprachen, sind diese Taten des Reichskabinetts der den Eisenbahnern gegebenen Zusicherungen dokumentarisch nachgewiesen worden. Die verschiedenen Einwirkungen auf die Regierung, die Disziplinierungen zu verringern, hatten aber keinen Erfolg.

Die Reichsgewerkschaft wandte sich nun an den ADGB. und an den Deutschen Beamtenbund in dieser Angelegenheit. Nach einer gemeinsamen Aussprache wurde eine Kommission aus Vorstandsmitgliedern der drei genannten Organisationen gebildet, die sich zum Reichskanzler begab, um ihn zu bitten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß weitere Disziplinarverfahren nicht mehr durchgeführt werden. Der Reichskanzler hat jedoch den Empfang der Deputation abgelehnt und den Gewerkschaftsmitgliedern erklärt, daß in der Disziplinarfrage die vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen in Geltung bleiben und daß in einzelnen Fällen lediglich der Reichsverkehrsminister eine Entscheidung fällen könne. Wie wir hören, will der Deutsche Beamtenbund und Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nunmehr, ohne die in scharfem Kampf gegen Minister Gröner bestehende Reichsgewerkschaft, versuchen, für die bereits Gemahregelten oder die noch unter Anklage stehenden Beamten einzutreten. Bisher sind etwa 100 Kündigungen von nicht lebenslänglich angestellten Beamten ausgesprochen worden und gegen 115 Beamte ist das Verfahren eingeleitet bzw. durchgeführt. In 300 Fällen, in denen die Betroffenen nur als Militäler wisten, hat der Reichsverkehrsminister dagegen das Disziplinarverfahren einstellen lassen.

Die Mitglieder der Reichsgewerkschaft wissen nun, was sie angesichts der Haltung des Reichskanzlers zu erwarten haben. Für diese Haltung des Kanzlers trägt auch die SPD. die politische Verantwortung.

Wo bleibt die Republik?

Es scheint uns sehr angebracht, die deutschen Justizbehörden einmal daran zu erinnern, daß sie im Dienste einer demokratischen Republik stehen. Diese Republik hat auch eine Verfassung, nach der das Deutsche Reich „in Freiheit und Gerechtigkeit sich erneuern und festigen“ soll, um „dem inneren und äußeren Frieden zu dienen.“ Dergleichen sind nach der Verfassung „alle Deutschen vor dem Gesetze gleich“ und „öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes auszubeheben.“ — Die Justiz aber soll als Dienerin des republikanischen Staatswesens vorbildlich vorangehen. —

Wo aber bleibt das gute Vorbild?

In der Presse sind Aussagen des Jägers Runges über den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht veröffentlicht worden. Danach sind eine Reihe von Offizieren und Soldaten dringend des Mordes bzw. der Mordbeteiligung und der Veranlassung ihrer Taten verdächtig. Es sind zum Teil dieselben Offiziere, die heute noch durch die Organisation von Landsturmtruppen zu neuem Mord an republikanischen Vertretern und Verteidigern rufen.

Der „innere und äußere Frieden“ wird durch die unbefugte Freiheit dieser monarchistischen Offiziere und ihrer militärischen Formationen auf das schwerste gefährdet!

Darf man fragen, was gegen diese Feinde und Verderber der Republik und des deutschen Volkes unternommen ist?

Darf man fragen, warum die Mörder und ihre Helfershelfer nicht verhaftet werden, obwohl Schutzhäftlinge dringend geboten ist und überdies bestimmte Nachforschungen vorliegen, da einige ihrer Mordhelfer (Bogel usw.) bereits flüchtig sind?

Und weiter: In allen Teilen der Republik finden Kundgebungen für die Monarchie gegen die Republik statt. In Hamburg und Breslau wird durch das nationalistische Treiben geradezu Leben und Eigentum deutscher Staatsbürger gefährdet.

Hindenburg demonstriert in Uniform und Ehrenzeichen gegen die Republik, nimmt Paraden ab und läßt sich von den Monarchisten als zukünftiger Retter Deutschlands feiern. —

Major Weber, ein Mordhelfer an Luxemburg und Liebknecht, verleiht Waffen und Munition zur Arbeitsgemeinschaft Korbach und wirbt Soldaten gegen die Republik — Die bürgerliche Rechtspresse aber propagiert ziemlich unverhüllt den Revanchekrieg.

Das alles sind Verbrechen am „inneren und äußeren Frieden“ der Republik.

Die Regierung der deutschen Republik und ihre Justizbehörden sind in der Bestrafung von Arbeitern, auch wenn sie die Republik verteidigen, recht eifrig. Sie finden sofort die „Missetäter“. Darf man fragen, was geschehen ist und was geschehen soll gegen die Verbrecher von rechts am „inneren und äußeren Frieden“ der Republik?

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.“

In Bageru sind Arbeiter und ihre Vertreter jahrelang in Gefängnissen und Zuchthäusern eingekerkert. Sie werden mißhandelt. Der Dichter Tolstoj bekommt nicht einmal Urlaub, um der Erbauung seiner Werke beizuhelfen.

Aber der Verbrecher und Monarchist Rapp wird in einem Sanatorium untergebracht; er kann Besuche empfangen und nach Belieben mit der Außenwelt verkehren.

Der Kommunist Grylewicz wurde neun Wochen eingesperrt, ohne Zeitungen und Werke mit der Außenwelt, alles wegen einer lächerlichen illegalen Spieserei. Man mußte ihn entlassen, weil die Anklage unhaltbar ist.

Aber der dringend des Mordmordes verdächtige Leutnant von Krull und seine abligen Mitverbrecher laufen frei herum, stehen gegen die Republik und rufen zum Bürgerkrieg.

Hunderte von armen Arbeitern werden wegen politischer Vergehen in Gefängnissen und Zuchthäusern gehalten. Sie und ihre Familien gehen dabei moralisch und körperlich zugrunde.

Aber der Kriegsverbrecher von Ludendorff, der Millionen Tote, Kriegskrüppel und Hinterbliebene auf dem Gewissen hat, darf unbehelligt in der schwierigsten außenpolitischen Situation Deutschlands in ausländischen Zeitungen die Republik beschimpfen und verhöhnen. Das ist vollendeter Hochverrat!

Darf man angesichts dieser jeder Gerechtigkeit hohnsprechenden Tatsache fragen, wann endlich die republikanischen Behörden, vor allem die Justiz, ihre Pflichten als Diener des demokratischen Staatswesens zu erfüllen gedenken?

Gegen links grausam und erbarmungslos; gegen rechts äußerst nachsichtig und schonungslos: das ist die Gerechtigkeit der deutschen Republik!

Republikanische Gerechtigkeit? Nein, eine Schande Ihrer selbst, das ist die heutige Republik!

Oberschlesien

Zwischen den Regierungen Deutschlands und Polens ist nach langen Verhandlungen eine Verständigung über Oberschlesien herbeigeführt. Auch die Parlamente beider Länder haben ihre Zustimmung zu dem Abkommen gegeben. In Oberschlesien selbst aber lodern wieder einmal die Flammen leidenschaftlichen Kampfes. Die Nationalisten haben und dröben schüren das Feuer. Die lachende Volkseele soll Korrektur an dem Abkommen der Regierung üben. Die Interalliierte Kommission hat den Belagerungszustand verhängt. Engländer und italienisches Militär ist auf dem Wege in die vom Kampf betroffenen Gebiete.

Es handelt sich keineswegs um eine große oder gar organisierte Aufstandsbewegung. Die Leute überlassen herfallen, sind die Verheerungen und „großer Zorn“, als noch die Arbeitsgemeinschaften üben und die polnischen Banden dröben das weite Feld beherrschen. Die Terrorbewegung hat ihren Höhepunkt überschritten. Es steht zu hoffen, daß in wenigen Tagen wieder Ruhe herrscht. So bedauerlich es ist, daß immer wieder Leidenshörschreie über Leben und Gut weiter Kreise der ober-schlesischen Bevölkerung gefährden, so begreiflich ist es, wenn der Stachel entzündeter Hoffnungen nochmals zu Unbesonnenheiten treibt.

Aber auch die ober-schlesische Bevölkerung muß endlich einmal zur Ruhe kommen. Seit Jahren dauern die Kämpfe. Unzählige sind die Opfer an Menschenleben, die diese Kämpfe gefordert haben. Auch ohne sie hat die ober-schlesische Bevölkerung schwer zu leiden. Jetzt ist es endlich Zeit, daß man die Streitart begräbt und seine Kraft uneingeschränkt dem Zusammenwirken widmet. Die Arbeiterschaft, soweit sie einigermassen zum Klassenbewußtsein erwacht ist, den nationalpolitischen und eigensüchtigen Schichten mit gutem Beispiel vorangehen. Polnische und deutsche Arbeiterorganisationen arbeiten Hand in Hand. Ihr Beispiel wird Nachahmer und ihr Einfluß Erfolg finden. Die neuen ober-schlesischen Unruhen, geringfügig an Umfang und Heftigkeit gegenüber dem, was die dortige Bevölkerung in den Nachkriegsjahren über sich ergehen lassen mußte, sind aller Voraussicht nach die letzten leidenschaftlich feindseligen Aufwallungen einer schwer gepeinigten Generation, die nun endlich daran denken kann, sich, wenn auch unter grenzenlos erschwerten Umständen, wieder friedlichen Bestrebungen zuwenden kann. Im friedlichen Beieinander- und Zusammenwirken wird auch die Feindseligkeit schwinden. Summa die über-große Mehrheit der Bevölkerung, ob sie aktiv an den Feindseligkeitsausbrüchen beteiligt ist oder nicht, nicht nur keinen Vorteil aus solchen Kämpfen davontragen, sondern nur aus schwerster davon benachteiligt werden kann.

Die Führer der „Vorhut“

Mit besonderem Eifer spielt sich die kommunistische Internationale als der einzige „aufrechte Teil“ des internationalen Proletariats auf. Die Kommunisten sind angeblich die einzigen prinzipienfesten und untadeligen Klassenkämpfer. Dieweil sind nicht nur in den Reihen der Mitglieder und unter den Führern der SPD. die verschiedensten Exemplare begeistert Kriegshelden und Kriegsverherrlicher zu finden, sondern auch in den kommunistischen Parteien anderer Länder stehen Leute an der Spitze, die — um ein Wort Kautskys zu gebrauchen — dem „königlichen Minister“ Bandenversteck an Nationalismus in nichts nachgeben. Von dem kommunistischen französischen Führer Cachin ist beispielsweise bekannt, daß er, genau wie der deutsche Reichssozialist Südekum, nach Kriegsausbruch eine Propaganda-

reise nach Italien unternahm und die italienische sozialistische Partei für den Kriegseintritt an der Seite Frankreichs zu gewinnen versuchte und, als er ebenso wie Südekum eine böse Mißgunst erlitt, seine Agitation in italienische Freimaurerkreise verlegte. Und nach der Kerenski-Revolution erste Cachin, der heute als Chefredakteur der kommunistischen „Humanität“ an Radikaldemos über-schnappt und die Vaterlandsverteidigung ablehnt, nach Rußland, und, entgegen der Forderung der Bolschewisten, die Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges betonte.

Auch in Italien steht an führender Stelle der kommunistischen Partei ein Mann, der entgegen der Auffassung selbst der gemäßigten Sozialisten wie Turati und Treves für ein Eintreten Italiens in den Krieg propagierte, der Advokat Graziani.

Noch ungleich äbler belastet ist aber der Führer der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, der Abgeordnete Dr. Sméral. Diesem wurde in einer dieser Tage in Eger stattgefundenen Versammlung von unserem Genossen Hildebrand eine von ihm mitunterzeichnete Populärstiftungsgebung vorgehalten, die am 24. Januar 1917 an den Grafen Czernin gerichtet war und in welcher es u. a. heißt:

„Wir wollen bei dieser Gelegenheit unserem Monarchen versichern, daß wir ihm und seinen Nachfolgern treu bleiben werden, daß wir die Rechte unseres Volkes zu erwirken suchen, daß wir aber auch stets das Gedeihen der Habsburger Dynastie und des Reiches anstreben, daß wir treu zum König und zum Staat hinstehen.“

Warum wir heute an diese Dinge erinnern? Weil uns scheint, daß hierdurch manche Handlungen der Kommunisten erklärt werden, die auf den ersten Blick befremdlich, ja unbegreiflich erscheinen und weil hierdurch nicht zuletzt aufgeleitet wird, warum der deutsch-nationale Abgeordnete Pöschel am Dienstag im Reichstag die Behauptung aufstellen konnte, daß sich seine Partei viel eher mit Sowjetrußland verständigen können wird als unsere Partei.

Trifft das Reichsmietengesetz am 1. Juli in Kraft?

Die „ADGB.“ meldet, hat die Vereinigung deutscher Wohnungsämter auf ihrer Jahresversammlung in Mühlhausen am 2. Juni folgenden Beschluß gefaßt:

„Dem Vernehmen nach werden die preussischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz erst demnächst veröffentlicht werden. Zum 1. Juli 1922 tritt das Reichsmietengesetz in Kraft. Mindestens zwei Wochen vor dem Inkrafttreten des Gesetzes sind die Beschlüsse über die Festsetzung der Minderhörsätze gemäß § 11 der Ausführungsbestimmungen der kommunalen Aufsichtsbehörde einzureichen. Für die gesamte Vorarbeit, die Auswahl der Handtypen und die Berechnung der Minderhörsätze verbleiben mithin nur acht Tage. Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter hält hiernach die gesetzmäßige Durchführung des Reichsmietengesetzes in Preußen zum 1. Juli 1922 für unmöglich.“

Das Reichsmietengesetz bestimmt, daß vom 1. Juli an Mietzuschläge von insgesamt 200 Prozent der Friedensmiete erhoben werden sollen, um mit dem Mietereinkommen an Miete den Bau und die Instandsetzung von Wohnungen zu ermöglichen. Aus dem Mietereinkommen an Miete sollen Fonds gebildet und aus diesem Zuschüsse für Wohnungsbau bewährt werden.

Die nächste Nummer der „Freiheit“ erscheint wegen der Aktion erst am Dienstag abend

Das „Brüsseler Bündnis“

Einige Feststellungen von Friedrich Adler.

Die Kommunisten fühlen sich nach ihrem Austritt aus der Reuenerkommission sehr unbehaglich. Die Einseitige Instruktion war, wie jeder seiner Aufträge, das Maximum des im Augenblick Möglichen an sachlicher und taktischer Dummheit.

Die Kommunisten mühten auf den Auftrag von Moskau hin die Reuenerkommission sprengen und suchen nun durch Anhäufung von Vögen und Verleumdungen in seitenslangen Artikeln den Tatbestand zu verwirren. Insbesondere ist ihnen die durchaus korrekte Haltung der Vertreter der Internationalen Arbeitgemeinschaft Sozialistischer Parteien (I. A. S. P.) höchst unbehaglich. Und es greift die Berliner „Rote Fahne“ vom 28. Mai zu dem Mittel, eine eigene Äußerung über das „Brüsseler Bündnis“ der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationalen in die Welt zu setzen.

Das Märchen von dem „Brüsseler Bündnis“ reduziert sich auf folgenden Tatbestand: Am 17. d. M. versammelten sich Vertreter der englischen Labour Party, der französischen sozialistischen Partei und der belgischen Arbeiterpartei in Brüssel, um eine Aussprache über die durch die Konferenz von Genoa und den Stichtag des 31. Mai entstehende Gefahr abzuhalten. Sie kamen zu weitgehender Übereinstimmung in Fragen der auswärtigen Politik und legten ihre Auffassung in einer Resolution nieder. Diese Resolution ist nun keinerlei Geheimnis, sondern bereits drei Tage vor dem Zusammenritt der Reuenerkommission, nämlich am 20. Mai, in vollstem Wortlaut im „Populaire“ und am 21. Mai im Pariser „Populaire“ veröffentlicht worden. Die sehr ausführliche Resolution enthält auch folgenden Passus:

„Die drei Parteien betrachten es andererseits als unumgänglich notwendig, daß die organisierten proletarischen Parteien eine strenge Kontrolle über die Konferenz im Gange ausüben. Sie werden die nötigen Schritte unternehmen — die Labour Party und die belgische Arbeiterpartei beim Exekutivkomitee der Zweiten Internationalen, die französische Partei beim Exekutivkomitee der I. A. S. P. — um die Einberufung einer Arbeiterkonferenz im Gange während der Dauer der Regierungskonferenzen zu bewirken.“

Die Klar ersichtlich, handelt es sich bloß um eine Anregung, und diese Anregung enthielt keinerlei Vorschlag über eine Begrenzung der Parteien, die an dieser vorgeschlagenen Konferenz teilnehmen sollen. Aber auch diese Anregung ist im Anfangsstande stehen geblieben, denn bis heute hat sich die französische sozialistische Partei noch nicht an das Sekretariat oder an die Exekutive der I. A. S. P. mit einem derartigen Vorschlag gewendet.

Dieser Tatbestand stellte der Schreiber dieser Zeilen in der Sitzung der Reuenerkommission bereits am 28. v. M. fest. Die Berliner „Rote Fahne“ berichtet darüber am 28. folgenden:

„Adler suchte in der Sitzung der Reuenerkonferenz die Sache als höchst unschuldig darzustellen. Er erklärte, es handle sich bei dem Antrag der Brüsseler Konferenz nur um einen Vorschlag, durch den aber niemand gebunden sei.“

Daß dies eine Verlegenheitsphrase war, zeigt die Tatsache, daß eben am Tage des Zusammentritts der Reuenerkommission die „Freiheit“ in einer Notiz über die Sitzung der Zweiten Internationalen in Köln schrieb:

„Vorläufiglich wird in der zweiten Junihälfte im Gange eine Konferenz der Zweiten Internationalen stattfinden, zu der auch die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und auch die Wiener Arbeitgemeinschaft eingeladen werden sollen, nicht aber die Moskauer Internationale.“

Die Tatsache, auf die sich die neueste kommunistische Verleumdungskampagne stützt, ist also, daß die Berliner „Freiheit“ auf Grund der Meldungen irgendeines Nachrichtenbüros über eine Konferenz der Exekutive der Zweiten Internationalen gemeldet hat, daß in deren Kreisen die Absicht bestehe, zu einer Konferenz der I. A. S. P. einzuladen. Aus dieser angeblichen Absicht der Zweiten Internationalen macht der kommunistische Fälscher eine „Verpflichtung“, die die I. A. S. P. „übernommen“ hat. Er schreibt nämlich mit frecher Stirn:

„Die Zweieinhalb-Internationale kam zur Sitzung der Reuenerkommission mit der übernommenen Verpflichtung, einen Sonderkongress mit der Zweiten Internationalen, ohne Kommunisten, mit der Front gegen die kommunistische Internationale gerichtet, abzuhalten.“

Gegenüber der Skrupellosigkeit Radeks und seiner Nachahmer ist es leider notwendig, sehr deutlich zu sein. Und daher fleißig fest:

1. Es ist eine Lüge, daß die Delegation der I. A. S. P. irgendem Mitglied dieser Delegation eine wie immer geartete Verpflichtung, einen Sonderkongress mit der Zweiten Internationalen abzuhalten, irgendmann oder irgendwo übernommen hat.

2. Es ist eine Lüge, daß irgend eines der Organe der I. A. S. P. und zwar weder ihre Exekutive, noch ihr Büro, noch ihre Delegation in die Reuenerkommission den Bewußtsein gefaßt haben, einen Sonderkongress mit der Zweiten Internationalen abzuhalten, oder auch nur über diese Fragen zu beraten Gelegenheit gehabt haben.

3. Es ist eine Lüge, daß ein derartiger Sonderkongress der I. A. S. P. mit der Zweiten Internationalen im Juni im Gange stattfinden wird oder überhaupt für irgend einen Ort oder irgend eine Zeit in Aussicht genommen ist.

Alles, was die Kommunisten zur Entschuldigungsverleumdung vorbringen verüben Sprengung der Reuenerkommission vorbringen, ist eitel Dummheit und Lüge. Die Vertreter der I. A. S. P. haben in ihren Deklarationen mit aller Würde und dem besten Willen, die sich zum Beitritt zur I. A. S. P. und der vielen Parteien, die sich zum Beitritt zur I. A. S. P. angemeldet haben, hinstellen soll. Die Arbeit der I. A. S. P. wird in den Augen immer größerer Massen des Proletariats richtig gewertet, die erkennen, daß es unsere Hauptaufgabe ist, die überflüssige Reibungsflächen im Proletariat zu eliminieren, überflüssige innere Kämpfe zu vermeiden. Die I. A. S. P. geht von der Ueberzeugung

aus, daß das Proletariat leider nicht so stark ist, um sich den Luxus derartiger Kraftvergeudung zu gestatten. Die Kommunisten provozieren verantwortungslos immer neue Konflikte, sie haben den spärlichen Anlaß zur Verhängung im Proletariat über gemeinsame Aktionen, der in der Reuenerkommission gegeben war, beseitigt. Diese Verantwortungslosigkeit trennt sie von uns. Aber die Zeit wird kommen, wo die Dritte Internationale und ebenso die Zweite Internationale einsehen werden, daß über allem Trennenden doch die gemeinsamen Aufgaben für das gesamte Proletariat erfüllt werden müssen.

Die Bergarbeiter sollen die Schicht verlängern

Die Reichsregierung schliddert von einem Dilemma ins andere. Gegenwärtig stützt sie auf Mittel und Wege, die Kohlenproduktion zu steigern. Allein in den letzten Monaten sind über 5000 Bergleute aus dem Bergbetriebe in andere Industrien übergegangen, weil sie dort bessere Löhne und Arbeitsbedingungen vorfinden. Die Regierung sieht jetzt keinen anderen Ausweg, als die Bergarbeiter wieder auf den Leim zu locken, sich erneut mit der Verlängerung der Arbeitsschichten einverstanden zu erklären. Schon einmal haben die Bergarbeiter solches Opfer auf sich genommen. Sie haben aber sowohl hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes als hinsichtlich der Erfüllung der ihnen gegebenen Verpflichtungen so trübe Erfahrungen machen müssen, daß sie nach etwa fünfvierteljähriger Dauer der Ueberzeitarbeit zur normalen Schicht zurückkehrten.

Die Regierung hat fortgesetzt Verpflichtungen gemacht. Es sollten schnellstens so viele Wohnungen gebaut werden, als zur Unterbringung der bei normaler Schichtdauer benötigten Bergarbeiter notwendig sind. Die Produktionsmittel sollten verbessert werden. Die Kohlenpreise wurden so bemessen, daß ein großer Teil der hieran erforderlichen Kosten durch sie aufgebracht wurden. Wieder ist geraume Zeit verstrichen. Einreichend, um bei der erforderlichen Generäle eine Rückkehr zur Ueberzeitarbeit überflüssig zu machen. Aber geschehen ist das Erforderliche nicht. Nun sollen die Bergarbeiter abermals die Kohlen tragen. Die Regierung weiß noch nicht, ob es ihr gelingen wird, die Bergleute zu „bekehren“. Es wäre zu wünschen, daß der Regierung endlich mit hinreichendem Nachdruck an Gemütsgeführt wird, daß sie auf andere Weise, als durch vermehrte Ausnutzung der Arbeitskraft zur Förderung der Kohlenproduktion zu gelangen suchen muß. Zwar ist sie bereit, den Bergarbeitern erhöhte Löhne anzubieten. Aber das ist ziemlich billig. Um so mehr als damit auch zugleich eine Erhöhung der Kohlenpreise in Aussicht gestellt wird. Was nutzen aber den Bergarbeitern die erhöhten Löhne, wenn sie mit einer Ueberarbeitung der ohnehin ausgemerzten Körper verbunden ist? Mag die Regierung auf die Unternehmern drücken, daß sie endlich den Produktionsapparat so ausstatten, um ein für alle Zwecke hinreichende Kohlenförderung zu gewährleisten.

Ein Jubiläum der Angestellten

In den Pfingsttagen dieses Jahres ist ein Vierteljahrhundert seit der Gründung des Zentralverbandes der Angestellten verstrichen.

Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung unter den Angestellten reichen zwar bis in das Jahr 1882 zurück, sie wurden jedoch bis 1897 nur von örtlichen Vereinen getragen. Im Jahre 1882 gründete der heute noch lebende Karl Rosenthal in Berlin ein „Komitee für Schließung der kaufmännischen Geschäfte an Sonntagen“, aus dem im folgenden Jahre die Freie Organisation junger Kaufleute entstand, die natürlich nicht mit einem bis in alle Einzelheiten fertigen Gewerkschaftsprogramm ins Leben trat. Aber den Kern der Sache hatte sie von Anfang an erfasst. Dafür ist die von ihrem stellvertretenden Vorsitzenden E. G. Friedrichs im Jahre 1884 veröffentlichte Broschüre ein Zeichen, in der er den wirtschaftlichen Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Angestellten aufzeigte. Dadurch hatte es der neue Verein selbstverständlich mit den Unternehmern verstanden, die ihrerseits so viele unternehmerische Gebildensvereine unterstützten. Die Masse der Beihilfen war für gewerkschaftliche Ideen noch nicht reif. Daher hatte die Freie Organisation junger Kaufleute, in der der selbige Stadtverordnete August Dinke tätig war, trotz ihrer Rührigkeit in Wort und Schrift und obwohl sie eine das Gewerkschaftsprogramm immer klarer herausarbeitende eigene Zeitschrift „Der Handlungsgehilfe“ herausgab, nur ein kurzes Dasein. Sie entfiel im Jahre 1887 wieder. Aber es war nur ein Scheintod. Schon im Jahre 1889 entstand sie aufs neue unter dem Namen Freie Vereinigung der Kaufleute, in der neben August Dinke, Albert Auerbach, Gustav Wiedler, D. Berger, Alfons Vorhards, August Penn, Wilm Friedländer, Julius Kaliski und andere tätig waren.

Rechtliche Lokalvereine bildeten sich in Hamburg, Leipzig (wo vor allem der selbige sächsische Innenminister Richard Lipinski wirkte), Chemnitz, Dresden, Nürnberg, Paris, München, Magdeburg, Braunschweig, Königsberg, Hannover usw. Diese Vereine traten im Laufe der Jahre wiederholt zu Konferenzen zusammen; ihr geistiges Bindeglied war die von den Berliner Kollegen herausgegebene Zeitschrift „Der Handlungsgehilfe“. Den vereinten Bemühungen gelang es, die ersten reichsgesetzlichen Vorschriften über die Begrenzung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe herbeizuführen, die im Jahre 1892 in Kraft getreten sind. Auf die Agitation jener Vereine hin veranfaltete das Reich in den Jahren 1893 bis 1896 die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den Ladengeschäften, die später die Grundlage für die in die Gewerbeordnung aufgenommenen Vorschriften über den Ladenschluß an Werktagen gebildet haben.

Zu Pfingsten 1897 fand zwecks organisatorischer Zusammenfassung der örtlichen Vereine auf Einladung der Hamburger und Leipziger Kollegen ein Kongress in Leipzig statt, auf dem die Gründung einer gemeinsamen zentralen Organisation, des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Beihilfen, beschlossen wurde. Die Vereine in Berlin, Dresden und München waren zwar auf diesem Kongress nicht vertreten, weil sie die Zeit für eine solche zentrale Organisation noch nicht für gekommen hielten; sie schlossen sich ihr aber, nachdem sie einmal bestanden, im nächsten Jahre an.

Mittlerweile war ein neuer Wegener auf dem Plan erschienen, der die Handlungsgehilfen von der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen ablenken versuchte, indem er ihr Augenmerk auf patriotische Angelegenheiten, Kaiser- und Königsgeburtstagsfeiern, Bismarckfeiern, Sedanfeier und ähnliche Dinge richtete. Es war dies der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der namentlich den Kleinhandlern zu Hilfe kam, indem er die Einführung des Schuhr-Badenschlusses bekämpfte und lediglich den Reuener-Badenschluß durchzuführen wissen wollte. Eine besondere Spezialität des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes war es, auch den männlichen Angestellten vorzutauschen, sie vermöchten durch löbliche Resolutionen das Eindringen der Frauenarbeit in das Handesgewerbe abzuwehren.

Inzwischen war 1893 ein Verband der in den Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen mit dem Sitz in Leipzig gegründet worden. In Berlin war 1894 der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands entstanden, dem die Bureauangestellten der Rechtsanwälte, Krankenkassen usw. angehörten. Diese beiden Organisationen verfolgten dieselben Ziele, wie der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Beihilfen, und waren auch wie dieser der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen.

Aus dem Nebeneinanderbestehen dieser gleichgerichteten drei Verbände ergaben sich mancherlei Grenzstreitigkeiten, die mittlerweile dadurch aus der Welt geschafft worden sind, indem sich die drei zu einem einzigen, dem Zentralverband der Angestellten, vereinigten. Die wirtschaftliche Entwicklung, nämlich der Einzug der Schreibmaschine in die Kontore und Bureaus, sowie die Abwanderung der Arbeitskräfte von dem Beruf der Handlungsgehilfen in den eines Bureauangestellten oder umgekehrt, machte die Verschmelzung zur gebieterischen Notwendigkeit. Außerdem konnte diese einheitliche Organisation schlagkräftiger als die kleinere sein. Aus den gleichen Gründen sind auch der Verband der deutschen Versicherungsbeamten und der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgerwerbes in ihr aufgegangen.

Der Zentralverband der Angestellten und seine Vorläufer haben unendlich viel Mühe und Arbeit aufwenden müssen, um in die Reihen der Angestellten Verhältnisse für die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu tragen. Jahrzehntelang hatte man sie wegen ihres kleinen Mitgliederbestandes verhöhnt und verspottet. Diese Zeit ist vorüber; der Zentralverband der Angestellten ist nicht nur selbst eine große Organisation geworden, sondern sein Einfluß beherrscht heute die gesamte Bewegung der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten.

Der Zentralverband der Angestellten erstreckt sein Verbandsgebiet nicht auf die technischen Angestellten und nicht auf die technischen Werkmeister. Für diese sind der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Deutsche Werkmeisterverband usw. da, die mit dem Zentralverband der Angestellten zusammen ein Kartell unter dem Namen Allgemeiner freier Angestelltenbund (AFB-Bund) bilden. Mögen der Zentralverband der Angestellten, der jetzt anlässlich des Pfingstkongresses vom Jahre 1907 seine 25jährige Jubelfeier begeht, und mit ihm die übrigen dem AFB-Bunde angeschlossenen Organisationen noch weiterhin sich entwickeln und wachsen, damit sie recht bald alle geistige Minderbarkeit aus den Köpfen der Angestellten bannen und schließlich als die einzigen nennenswerten Organisationen der Angestellten gelten können.

Zum Beamtenrätegesetz

Der 28. Aufsicht des Reichstages beendete die erste Lesung des Beamtenrätegesetzes. Nur wenig ist vom Regierungsentwurf übrig geblieben. Ungeklärt blieben die entscheidenden Fragen: Schlichtungssache. Mitbestimmungsdreht, Besetzung und Schluß für die dem Gesetz unterstellten Arbeiter und Angestellten. In seiner jetzigen Fassung steht im Gesetz kein Wort, welche Pflichten und Rechte den Beamtenräten zustehen. Alle Verbesserungsanträge wurden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Der Aufsicht selbst ist in seiner letzten Zusammensetzung (14 gegen 14 Stimmen) vollkommen arbeitsunfähig. Interessant ist die Politik der Sozialdemokraten der SPD. Zentrum wie Demokraten lehnten alle Verbesserungsanträge ab. Die SPD, nimmt für sich in Anspruch, daß ihre Vertreter, dem Reichsrätegesetz folgenden, Anträge stellten, die sich etwa an das Betriebsrätegesetz anlehnten. Sie ist natürlich enttäuscht über die Politik der liberalen Reuenerpartei, die in geschlossener bürgerlicher Abwehrfront alle Anträge von der Tagesordnung niederstimmte.

Charakteristisch ist auch das Verhalten der Vertreter, die als Abgeordnete in dem Aufsicht sitzen und Gewerkschaftsmitglieder des Deutschen Beamtenbundes sind. Sie denken nicht im entferntesten daran, sich etwa an den Auffassungen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu bekennen. Selbst der „Vorwärts“ erklärt, daß hier „das Umbau der sogenannten „partei-politisch-neutralen“ Organisationen mit Rücksicht auf die Zeit zutage trat. Die Reuenerpartei verliert nun eine Verständigung herbeizuführen und die Verhandlungen sollen nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages aufgenommen werden.

Auf das Betriebsrätegesetz selbst kommen wir demnächst noch zurück.

Eisenbahnerstreik in Amerika?

Das Exekutivkomitee der Eisenbahner hat beschlossen, den Gewerkschaften einen allgemeinen Ausstand vorzuschlagen, um gegen die Herabsetzung der Löhne um 25 Prozent zu protestieren. Von dieser Lohnherabsetzung werden mehr als eine Million Arbeiter betroffen, die dadurch eine jährliche Einkünfte von 50 Millionen Dollar erleiden.

perorrogand benötigt bei:



Sicht, Gripe, Rheuma, Gelenks-, Zschia, Nerven-, Schenkel-, Schmerzen.

Logal stillt die Schmerzen und lindert die Entzündung aus. In allen Apotheken. Best. 64,7, Acet. salic. 0,600, China, 12,0, Lithum, ad 100 Anhydrit. Unschädliche Pflanzliche und tierische. Fabrik Pharmacia, München 27.

Der Erzbergermord vor Gericht

Am 27. August vorigen Jahres wurde der ehemalige Reichsfinanzminister Erzberger ermordet. Die beiden Mörder Schulz und Tilleßen entkamen. Lange Zeit hindurch genossen sie in Horthy-Ungarn, dem gästlichen Heim so vieler konterrevolutionärer Mordbuben, ehrenvolles Gastrecht. Dann hieß es, sie seien nach Rumänien umquartiert. Wo sie jetzt weilen, ist nicht bekannt. Am 7. Juni wird der Prozeß gegen den Kapitänleutnant Killinger, einem Kumpan des berühmten Kapitänleutnants Ehrhardt, geführt. Killinger war der dritte im Bunde der Mordgenossen. Er ist der Beihilfe zum Mord angeklagt.

Tilleßen und Schulz waren nach vollbrachtem Mord nach München zurückgekehrt, von wo sie gekommen, um Erzberger auf Schritt und Tritt nachzuspüren zur Erspähung eines dem Mord günstigen Augenblicks. Die Mordbuben scheuten denn auch nicht davor zurück, zur Verdunkelung ihrer Bluttat einen zweiten mit niedergzuführen, den Zentrumsdabgeordneten Dieb. Sie wählten ihn tot wie Erzberger. Andersfalls hätten sie auch ihm sicher den Rest gegeben.

Trotz allen Beistandes, den die Mörder in Bayern fanden, gelang es der Offenburger Staatsanwaltschaft, die Spur zu entdecken. Als sie aber zur Verhaftung schreiten wollten, hatten die Helfershelfer, die offenbar auch in den bayerischen Justizbehörden saßen, den Mördern deutlichen Wind und Pöffe zur Flucht gegeben. Auf Killinger lenkte sich der Verdacht bei der Suche nach Schulz in des letzteren Wohnung. In Killingers Wohnung fand man eine ganze Anzahl Akten, die auf die Spur der Geheimorganisation führten, der neben Schulz und Tilleßen auch Killinger angehörten. Der Prozeß gegen die Geheimbändler, etwa 50 an der Zahl, findet demnächst in — München statt. Killingers Beihilfe wird nach der Voruntersuchung daraus hergeleitet, daß die beiden Mörder bei ihrer Rückkunft nach München bei ihm ihre Koffer unterstellten, sowie daraus, daß er ihnen bei ihrer Flucht das Geleit nach dem Bahnhof gab und ihnen seine Adresse als Deckadresse ließ. Killingers Verhaftung ging unter folgenden Umständen voran. Als man seine Wohnung in München durchsuchte, ließ ein Telegramm von ihm aus Halle ein, das seine Ankunft mit einem bestimmten Tage ankündigte. Man verständigte die Kriminalpolizei in Augsburg. Diese arbeitete mit einem fingierten Telegramm, das sie auf dem Augsburg-Bahnhof am Tage auszufragen ließ. Killinger meldete sich und wurde festgenommen.

Zu der Verhandlung in Offenburg sind allein von der Anklagebehörde 87 Zeugen geladen. Außerdem eine ganze Anzahl von den Verteidigern. Neben den Zeugen fungieren eine Reihe Sachverständiger. Als Beweismittel liegen dem Gericht vor der Schädel Erzbergers, die durchschossene Joppe des Ermordeten, eine große Anzahl von Photographien von den Tatorten, der Leiche Erzbergers und vieles andere. Bezeichnend ist, daß die Staatsanwaltschaft, aus Furcht vor Diebstahl, sich gezwungen sah, die gesamten Akten vervielfältigen und an verschiedenen Stellen des Reiches aufbewahren zu lassen.

Schuldfrage und Münchener Fälschung

Wir erhalten folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung:

In Ihrer Nummer vom Mittwoch, den 24. Mai heißt es in dem Aufsatz von Albert Winter über „Schuldfrage und Münchener Fälschungsprozeß“: „Wenn es sich um nationale Interessen handelt, dann sind Fälschungen, d. h. Fälschungen im Sinne der Soldatenjurisprudenz, sogar Professor Dr. Fischer im Münchener Prozeß aus.“ Dazu bemerke ich:

1. Ich bin nicht Professor und lege auf diese Feststellung einen gewissen Wert, weil ich meinen Widerspruch gegen die geltenden Bindungen, denen damals die Universität unterlag, durch Rücktritt von meiner Privatdozentur an der Universität Berlin im Frühjahr 1913 zum Ausdruck brachte.

2. Ich habe nicht gesagt, Fälschungen seien dann erlaubt, wenn es sich um Entstellung von Akten im nationalen Interesse handle, sondern ich sagte: Wenn sich der Inhalt verhängter Aktenstücke in Übereinstimmung mit der wahren Meinung des Schreibers oder wenigstens mit dem geschäftlichen Sachverhalt befindet, wenn also

Sachverhalte, die auf Täuschung der Väter berechnet oder sie zu täuschen tatsächlich geeignet waren, ausgelassen sind, so hat sich der verhängende Bearbeiter einer Fälschung nach meiner Auffassung nicht schuldig gemacht. Ich wollte durch diese Ausführung den Weg einer möglichen Rechtfertigung Eisers zeigen. Ich sagte ausdrücklich, daß Eiser des Glaubens war, er entferne nur die auf Täuschung der Väter berechneten oder ihn irregulären geeigneten Abschnitte aus dem Schoenschen Bericht, habe also meiner Ansicht nach nicht den Willen gehabt, zu fälschen. Seine Veröffentlichung erweise sich nur deshalb als Fälschung, weil er sich über den Willen der deutschen Regierung zur Lokalisierung des Krieges täuschte. Er nahm an, sie habe jenen Willen nur vorgeheuchelt; sie hatte ihn aber wirklich. Wenn etwa Bethmann-Hollweg oder ein fremder Staatsmann, sagte ich, bei der verhängenden Bearbeitung von Aktenstücken mit der geschichtlichen Wahrheit in Übereinstimmung sich befände, so könnte er nicht als Fälscher bezeichnet werden, wohl aber, wenn er mit oder wider Willen durch seine Bearbeitung eine Täuschung über den Tatsachenzustand begangen hätte. Mein Hinweis auf das nationale Interesse war ganz beiläufig; ich machte lediglich mein Beispiel anschaulich, indem ich erwähnte, wenn etwa Bethmann-Hollweg einen französischen Bericht, der erschlichene Unwahrheiten enthielt, im nationalen Interesse um diese Unwahrheiten verhängt hätte, so wäre ihm der Vorwurf der Fälschung nicht zu machen gewesen. Dasselbe Recht hätte Eiser zugesprochen. Als das Merkmal der Fälschung bezeichnete ich das Verhältnis einer Veröffentlichung zur geschichtlichen Wahrheit, nicht zum nationalen Interesse.

Ergebenst

Dr. Eugen Fischer,

Sekretär und Sachverständiger im Untersuchungsausschuß des Reichstags.

Zu dieser Richtfeststellung wollen wir nur das eine bemerken, daß der Sachverständige Dr. Eugen Fischer sehr naiv ist, wenn er selbst glaubt oder der damaligen deutschen Regierung den Glauben zutraut, den Krieg lokalisiert zu können. Wir sind zudem von den gegenwärtigen Absichten der wilhelminischen Regierung überzeugt.

Den Zeitungen soll geholfen werden

Die Regierung „verhandelt“

In einer Rede vor Professoren in Dresden hat der Reichswirtschaftsminister Schmidt auch über die Maßnahmen der Regierung zur Behebung der Zeitungsnot gesprochen. Die Regierung habe den den holzbaulenden Ländern die Vergabe eines verbilligten Kartons für die Fabrikation von Zeitungspapier verlangt. Aber die Länder, besonders Bayern und Sachsen, hätten erklärt, daß sie auf die Einnahmen aus dem Holzverkauf nicht verzichten könnten. Die Verhandlungen seien noch nicht zu Ende. Den Zeitungen müsse baldmöglichst geholfen werden.

Es sind immer unendlich lange Wege, die die Regierung beschreitet. Wenn sich die Verhandlungen mit den Ländern geschlossen, so sie abermals zu ihrem Ausgangspunkt zurückgelehrt. In München gestellt hat sie ihre Hilfe oft genug. Inzwischen ist ein Blatt nach dem anderen zugrunde gegangen. Wenn der bisherige Schneeeisberg forgesetzt wird, wird noch manches Blatt auf der Straße bleiben, bevor Hilfe naht. Die Kämpfer solcher Zusammenbrüche sind die Stimminteressenten. Stimmlos hat Winter genug für seine Zeitungen. Und alle weisung ließ man, daß er weitere Waldbestände aufgekauft hat. Die Regierung hat die Pflicht, schnell zu handeln, um der vollständigen Stimmlosigkeit der öffentlichen Meinung Einhalt zu gebieten.

Um die Gutschrift für Dampfer

Zwischen der deutschen Regierung und der maritimen Abteilung der Reparationskommission bestehen, wie die „Dona“ hört, Differenzen über die Gutschrift der beiden Großdampfer „Solumbus“ und „Proximus“. Die Reparationskommission will für diese beiden Dampfer nur eine Gutschrift von zehn Millionen Mark zugestehen, während die deutsche Regierung eine solche von 20 Millionen Goldmark fordert. Von deutscher Seite ist nun ein Kompromißvorschlag gemacht worden dahingehend, daß für den „So-

lumbus“ allein 20 Millionen Goldmark zugeschrieben werden sollen und daß in entsprechendem Verhältnis die Gutschriftsummen für „Proximus“ und „München“ sowie „Bismarck“ festgesetzt werden. Da es zur endgültigen Entscheidung einer Erklärung der englischen Regierung bedarf, sind die Verhandlungen vorläufig hinausgeschoben und werden erst Mitte Juni wieder aufgenommen.

Aus der Partei

Bezirksparteitag Großhüringen

In Erfurt fand am 27. und 28. Mai der Parteitag für den Bezirk Großhüringen statt. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die verheerende Wirkung der Sozialdemokratie noch nicht ganz überwunden ist. Der Indifferentismus der Arbeiterklasse im Gothaer und Subler Bezirk ist so groß, daß die deutschnationale Volkspartei, Landesverband Thüringen, unter ausdrücklicher Feststellung dieser Tatsache im Subler Industriegebiet zur Errichtung eines Arbeitersekretariats übergeben will. In einer sogenannten kommunikativen Hochburgal trotz der rein sozialistischen Regierung in Thüringen finden zwischen den Arbeiterparteien die heftigsten Kämpfe statt. Die organisatorische Festigung war aber trotzdem möglich, es besteht die Absicht, die Bewegung in der kommenden Zeit wieder auf die alte Höhe zu bringen. Ein Statut, das einheitlich für die Ortsvereine, die einzelnen Arbeitsgebiete und den Bezirk die Verordnungsgrundlagen schafft, wurde angenommen. Ein Mitgliedsbeitrag von 8.— M. für männliche und 4.— M. für weibliche Mitglieder wurde festgesetzt. Der erweiterte Bezirksvorstand hat durch das neue Statut das Recht, jederzeit eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Das Referat des Genossen Kleinspehn-Nordhausen über die politische Lage löste eine lebhafteste Diskussion aus. Genosse Kleinspehn ist der Auffassung, daß der Völkerverbund, der heute eine Gemeinschaft der Regierungen darstelle, sich im Laufe der Jahre zu einem internationalen Parlament entwickeln würde. Die sozialistischen Parteien hätten sich mit diesen Möglichkeiten vertraut zu machen, sich daraus einzustellen, um in jedem Stadium der Entwicklung die ihnen zufallende Aufgabe, Kriegsverbindend zu wirken, erfüllen zu können. Eine große Anzahl der Genossen lebte diese Argumentation in sachlicher Weise ab. Sie halten den Völkerverbund für unmöglich, infolge der dem Kapitalismus innewohnenden kriegerischen Tendenzen. Ein Referat der Genossen Wurm über Frauen-, Jugend- und Bildungsfragen zeigte die Notwendigkeit der größeren Beachtung dieser Fragen, was auch durch die Diskussion zum Ausdruck kam. Ein Antrag, der verlangt, den Schnapskonsum zu bekämpfen, fand einstimmige Annahme. Weiter ein Antrag, der besagt, daß Landtagsabgeordnete ihr Mandat niederzulegen haben, wenn sie in eine Beamtenstelle eintreten, die ihnen die Annahme des Mandats infolge Arbeitsüberlastung unmöglich macht; am Minister findet dieser Antrag keine Anwendung, jedoch sollen Reichstagsabgeordnete keine Minister der Freistaaten sein.

Eine neue UWP-Steuerung

Seit 1 1/2 Jahren ist die UWP im Saargebiet dabei, die von den Kommunisten zerlegte Parteibewegung aufzubauen und die Arbeiterklasse erneut zum politischen Kampf zu sammeln. Das Wirken unserer Parteigenossen ist jetzt so weit gediehen, daß die Herausgabe einer eigenen Parteizeitung möglich ist. Am 31. Mai kam die erste Nummer des „Saartribüne“ heraus. Die ihre durch die Kommunisten zugrunde gerichtete Vorgängerin, die „Freiheit“, erscheint die „Saar-Tribüne“ in Saarbrücken. Sie kommt an allen Wochentagen heraus. Wir grüßen den neuen Kämpfer.

Zur Abschaffung empfohlen.

Die am vergangenen Sonntag in Oberfeld beim Bundesbezirkskongress unserer Partei für Oberfeld-Darmstadt-Reinmann beschloß einstimmig, die Parteibeiträge für männliche Mitglieder auf 4 Mark pro Woche und für weibliche Mitglieder auf 2 Mark pro Woche zu erhöhen. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, wonach Extramarcken von 20 Mark ausgegeben werden sollen für alle Parteigenossen, die etwas besonderes für die Partei tun wollen.

Zur Unterstützung und Ausgestaltung der Parteipresse fand ein Antrag Annahme, der „alle Parteimitglieder verpflichtet, mindestens einen Anteil der Genossenschaft „Volks-Tribüne“ zu erwerben. Alle bestgeeigneten Mitglieder werden aufgefordert, entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bis zu 10 Anteilen zu erwerben.“

FEINE MILDE
CONSUM-
ZIGARETTE



STÜCK 1 MARK

WENESTI

A.M.CAT
BERLIN-SCHNAPS

Groß-Berlin

Eine Pfingstbetrachtung

Es hat in diesem Jahre länger als sonst gedauert, bis das frische Grün der Natur durch die allbelebende Mutter Sonne aus den Träumen des Winterschlafes gewedt wurde. Nun singen die Vögel in den Wäldern ihr munteres Lied und an den Ufern unserer märkischen Seen ziehen, sich vom Stamme des Alltags erholend, die jungen Burschen und Mädchen fröhlich dahin.

Pfingsten! Eine feierliche, friedvolle Stimmung liegt selbst über den sonst so geräuschvollen Straßen der Großstadt. Saftiges Grün prangt an den Bäumen und in den Anlagen, wo auf den Bänken jene alten Väter und Mütter sitzen, die nur noch eine Sehnsucht im Herzen tragen: Ruhe, Arbeit, Mühe, Not, Entbehrungen liegen hinter ihnen, und sie wissen, daß noch so manche Sorge ihrer harri. Aber es ist Pfingsten. Und da lächelt manches runzlige Gesicht unter weitem Haar beim Spiele des jüngsten Enkelchens in den lebensfrohen Feiertag hinein.

Selbst aus den Fenstern der Mietshäuser grüßt uns aus Blumenbüscheln und Blumenkästen des Frühlings junges Grün. „Pfingstmalen“, die jungen Birken, stehen in Reihen in den Wohnungen und an den Türen der Gasthäuser. Eine Unsitte, die durch die Tradition geheiligt wurde. Aber immerhin ein Verbrechen an der Natur. Ganze Wälder werden abgeholzt, um nach einigen Tagen in den dumpfen Großstädten nutzlos zu verdorren.

Wie fast alles, so hat auch die Kirche das Pfingstfest für sich usurpiert und ihm seinen Stempel aufgedrückt. Mit einer bewundernswürdigen Anpassungsfähigkeit hat sie dieses altgermanische Frühlingsfest, das sich bei den heidnischen Völkern in urwüchsiger Freude am Spiel und Sport in der freien Natur zeigte, in das christliche Fest der Ausgiebung des heiligen Geistes verwandelt und in die dumpfe, weihrauchgeschwängerte, düstere Stille der Kirchen verpflanzt. Nach der kirchlichen Ueberlieferung ist Pfingsten heute gewissermaßen das Stiftungsfest des Christentums, das Symbol der „Ausbreitung des heiligen Reiches unter den Völkern auf Erden.“

Nun, seit der Stiftung des Christentums sind beinahe zweitausend Jahre vergangen. Die sicher von einem hohen Idealismus getragene Lehre Christi, jenes zu Tode gemarterten Revolutionärs, hat sich inzwischen in das Gegenteil verkehrt. Das ursprüngliche vom Kommunismus erfüllte Christentum wurde zum Nihilismus. An die Stelle der Gleichberechtigung alles dessen, um mit einem Worte Frieden zu reden, „was Menschenanliebe trägt“, trat die von der Kirche gebilligte Unterdrückung. Duldsamkeit und alles verziehende Nachsicht machten im Mittelalter schonungslosere Verfolgung mit den grausamsten Mitteln Platz. Und bis in unsere Zeit hinein wird die „Ausbreitung des heiligen Reiches“ unter dem Segen der Kirche mit Feuer und Schwert vollzogen. Millionen modern heute unter dem falschen Pfingstgrün auf dem gewaltigen Totenacker des Weltkrieges, der sich vom englischen Kanal bis zum Bosporus erstreckt, Millionen, die vom Kreuze gesegnet, zur „Ausbreitung des heiligen Reiches des Kapitalismus“ in die Schlacht zogen und nun in traumloser Ruhe unter verwitterten Kreuzen als Namenlose schlafen.

Das mögen keine besonders erhebenden Pfingstgedanken sein, niederdrückend vielleicht, weil sie böse Erinnerungen wachrufen und so gar nicht zu dem lachenden Sonnenschein der Feiertage passen. Gewiß. Aber wir haben solche Betrachtungen nötig, weil wir alle — allzu leicht vergessenen. Und beinahe vergessen ist die Schmach, die man dem Menschentum im Zeichen seiner „höchsten Kultur“ im Weltkrieg antun konnte, vergessen ist der Dohn, mit dem das Christentum das Christentum noch heute besetzt. Dieses Vergessen ist es, was den bösen Mächten, die ihre besten Stützen bei Antite und Völkern finden, ihren Wiederaufstieg so erleichtert kann.

Nein, Pfingsten, das uralte Frühlingsfest, ist nicht das Fest der Kirche. Es ist das Stiftungsfest der Wiedergeburt der Natur. Und wie der Frühling erst mit brausenden Stürmen durch die Lande zieht, wie er in allbeglückender Liebe die jungen Knospen wachläßt, um schließlich draußen ein heraufschendes Blütenmeer um uns zu entfalten, so soll uns das Pfingstfest das Stiftungsfest nicht des heiligen Geistes, sondern der Wiedergeburt des Menschentums sein.

Und wir glauben, daß die Menschheit nun solche bitter nötig hat. Noch verzweifelt der Mensch am Menschen. Aber die Erlösung wird nicht kommen durch die „Ausbreitung des heiligen Reiches“ mit Feuer und Schwert unter dem Zeichen des Kreuzes. Wenn nicht alle Zeichen täuschen, ist der brausende Frühlingssturm der Menschheitsbefreiung im Anzuge.

Dieses, die uns heute verhöhnen und bekämpfen, haben vor zweitausend Jahren ihren Heiland, dessen Namen sie täglich schänden, ans Kreuz geschlagen. Nun — symbolisch gesprochen — in jedem Proletarier wird täglich — deno der Heiland gekreuzigt. Das hat lange genug gedauert. — Eine wenig „erbauende“ Pfingstbetrachtung zwar, aber eine bitter nötige.

Die Barackenruine von Adlershof

Wir hatten uns bereits in Nr. 230 unseres Blattes vom 21. 8. 21 mit den skandalösen Zuständen im Barackenlager Adlershof beschäftigt. Darüber ist nunmehr bald ein Jahr verfloßen. Die Verhältnisse in diesem Barackenlager aber sind noch immer keine besseren und vor allem keine menschenwürdigeren geworden.

Die Bewohner dieser Notwohnungen führen besonders klage darüber, daß ein bereits im August vergangenen Jahres eingereicherter Dringlichkeitsantrag bei den zuständigen Stellen abhanden gekommen war. Erst im Dezember 1921 tauchte dieser plötzlich auf und der geforderte Betrag zur Renovierung des Barackenlagers wurde bewilligt. Auf das Barackenlager Adlershof entfielen im Ganzen 200 000 M., die natürlich nicht im entferntesten zur Beseitigung der größten Mängel ausreichen. Nicht einmal die Aborte wurden abgedichtet, obwohl viele Bewohner, hauptsächlich

Frauen, durch die dort herrschende Zugluft zum Teil schwere Erkrankungen davontrugen. Der strenge Winter trug das seinige dazu bei, daß mehrere Todesfälle auf den üblen Zustand jener Wohnungen zurückzuführen sind. Die Hydranten waren meistens eingefroren. Trotzdem jede Familie ein Vermögen an Feuerkosten — durchschnittlich 500 M. pro Monat — opfern mußte, waren die elenden Huden nicht zu erwärmen. Weder Dachrinne noch Fußtraher wurden angebracht. Nur die Defen wurden im Februar nachgeholt.

Nunmehr, im Mai, also volle fünf Monate nach der Bewilligung des Geldes, wurde den bedauernswerten Bewohnern der Baracken geholfen. Es wurden — die Dächer geteert. Leider lief der Teererzatz in den paar warmen Tagen des Mai wieder ab und zum Teil auf die Kleider der Barackenbewohner. Schließlich hat man auch mit dem Abputzen der Decken begonnen. Ein Heer von drei Handwerkern beschäftigt sich damit, die zum Abputzen einer Wohnung durchschnittlich vier Tage gebrauchen. Mit Hilfe der Astronomie wird also ausgerechnet sein, bis zu welchem Zeitpunkt sämtliche 250 Wohnungen fertiggestellt sind. Die Mittel werden natürlich nicht ausreichen, da die Selbstverwertung inamischen weitere Fortschritte gemacht hat.

Für „Klosterkeller“ scheint dieses Barackenlager ein Paradies zu sein. Man muß sich vor Augen halten, daß die Bretter und Zwischenwände der einzelnen Wohnungen und Stuben im Urzustand geblieben sind. Aus der Nachbarnwohnung ist jedes Geräusch zu hören und vielfach kann man ohne Mühe in diese hineinschauen. Kein Wunder also, wenn durch dieses „enge Zusammenleben“ Streitigkeiten unter den Bewohnern unvermeidlich sind. Beamte, die viel Nachdienst haben, können tagsüber keine Ruhe finden. Es ist überflüssig darauf hinzuweisen, daß durch solche primitiven Zustände, die an das Herdenleben des Urmenschen erinnern, die Sittlichkeit der heranwachsenden Jugend im höchsten Grade gefährdet ist.

Inzwischen schreitet der Verfall der Wohnungen, der Ställe und der Aborte rüstig weiter fort. Der herrliche Sommer mit seiner Gluthe naht. Und wieder werden in diesen Ruinen die Sickergruben sinken, wieder wird die Fäule der Aborte in trübren Ninnialen unter den Fenstern der Wohnungen vorüberströmen, wieder werden die Fliegen zwischen den Käsalen und den Speisen auf dem Tisch hin- und herpendeln. Drohend erhebt sich das dunkle Gespenst der Seuchengefahr.

Es herrschen also da draußen dieselben trostlosen Zustände wie im Vorjahre. Die Baupolizei, von diesem einzigen Standa vor den Toren Berlins unterrichtet, schweigt. In unheimliches Schweigen hüllen sich auch die zahlreichen Regierungen und Magistratsstellen, die Abhilfe versprochen haben. Und dabei bezahnen — schlecht gerechnet — diese Bürger eine Million Steuern jährlich.

Die U.S.P.D. hat im Landtag kürzlich diese skandalösen Zustände im Barackenlager Adlershof zur Sprache gebracht. Der Vertreter des Wohlfahrtsministeriums hat Abhilfe zugesagt und Material angefordert. Der gute Wille scheint also vorhanden zu sein; es fragt sich nur, ob dieser ausreichen wird, den bedauernswerten Bewohnern zu helfen.

Inzwischen hat der Magistrat versucht, die erregten und verbitterten Gemüter zu beruhigen. Am 30. März d. J. erhielt jeder Mieter ein Schreiben vom Bezirksamt 15, welches die kurze und bündige Mitteilung enthielt, daß ab 1. April die Miete um 150 Prozent gesteigert sei. Begründet wurde diese Steigerung mit den hohen Kosten für das elektrische Licht. Wie vom Bezirksamt zugegeben wurde, beträgt seit zirka drei Jahren infolge der schlechten Leitung (Hinzuleitung) zirka 50 Prozent Ableitung. Also die Hälfte des Stromes geht ungenutzt in die Erde, indes der einzige vorhandene Zähler lustig weiterläuft. Schließlich hat man den Venten noch gedroht, daß elektrische Licht abzusperren. Die Anwohner müssen also mit der Mangelhaftigkeit rechnen, demnächst im Dunkeln oder bei offenen Kerzen und Petroleumlicht zu hausen, wodurch zu alledem noch die Gefahr einer Feuerbrunst in bedrohliche Höhe rückt.

Das Barackenlager Adlershof, das die aus Polen ausgewiesenen beherbergt, entwickelt sich nachgerade zu einer Schandwüchsigkeit. Wir wollen uns nicht gern alles tun, um den Bewohnern wieder zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen. Der Ausfall der dort stattgefundenen Wahlen zeigt uns allerdings, daß bisher die guten Leuten dort Hilfe suchten, wo sie sie niemals finden werden.

Unglaublich, aber wahr

Vom Internationalen Bund der Kriegsoffer wird uns geschrieben:

Die öffentliche Meinung ist entsetzt von der Fürsorge, die man den Kriegsoffern angedeihen läßt. Ein großer Teil selbst unserer Arbeitstugenden glaubt, die Winterleben und Invaliden des Krieges führen ein Schlaraffenleben. Diese Meinung muß ja vorhanden sein, wenn tagtäglich beobachtet werden muß, wie die gesamte bürgerliche Presse die Fürsorgefähigkeit über den Schellendans lobt. Dabei herrscht ein schreckendes Mißverhältnis in der Fürsorgefähigkeit.

Es soll nicht Aufgabe sein, über die Mängel an sozialem Verständnis zu klagen, das in der Praxis vieler Fürsorgestellen vorhanden ist. Darüber könnten Bände geschrieben werden. Aber noch ein anderes Uebel zeigt sich in fast allen Fürsorgen.

Die Verwaltungskosten der Fürsorgestellen allein verschlingen die Hälfte und mehr von dem Geld, das zur Unterstützung der Kriegsoffer zur Verfügung steht.

Als einziges Beispiel soll nur die Hauptfürsorgestelle Berlin genannt werden. Der Hauptfürsorge Berlin stehen insgesamt 30 Millionen Mark für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen fürsorge zu. Diese Summe wird auf alle Fürsorgestellen der Bezirke verteilt. Interessant ist hierbei, daß z. B. der Bezirk I (Mitte) 900 000 M. zur Fürsorge für Kriegsoffer überwiegen erhielt, von diesem Geld verbraucht er nicht weniger als 500 000 M. an Verwaltungskosten (Bezahlung der Beamten, Material usw.), dieses Mißverhältnis in der Aufwendung der Mittel kann in verschiedenen Bezirksämtern festgestellt werden, dabei ist zu bemerken, daß diese Bezirke prozentual noch nicht die höchsten Verwaltungskosten haben.

Es sind einzelne Vorortbezirke vorhanden, in denen die Verwaltungskosten 50 Prozent höher sind als die Summe, die ihnen zur Fürsorgefähigkeit überhaupt zufließt. Es muß also festgestellt werden, daß im Durchschnitt 50 Prozent, also die Hälfte von den 30 Millionen Mark, nur für die Verwaltung der Fürsorgestellen ausgegeben wird.

Es ist notwendig, daß von den 15 Millionen Mark Verwaltungskosten ein beträchtlicher Teil dazu benutzt wird, die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse der Anträge stellenden Kriegsoffer bis ins kleinste nachzuschauen. Sieht man die Fürsorge für Kriegsoffer dadurch gelöst, daß man für diesen Schnäffeldienst Beamte befoldet, kann man nicht den Organisationen das Prüfen der Verhältnisse für die Fürsorge beherrschenden Kriegsoffer übertragen, damit ein Teil dieser Kosten gespart wird und andere Mittel für die tatsächliche Fürsorge erhalten bleiben?

Badehose und Frömmigkeit

Bisher hatte ich immer gefunden, daß Badehose und Frömmigkeit auf das engste und innigste miteinander befreundet sind.

Man hat uns immer gepredigt, es sei Gott wohlgefällig, wenn nackte Statuen mit einem Feigenblatt, oder einer Badehose, oder was man gerade so bei der Hand hat, verhüllt werden, und seitdem Herr Brunner über alle diese Dinge als oberster Sachverständiger zu Gericht sitzt, ist die Bissenschaft von der Badehose geradezu zum Evangelium geworden.

Dieser Tage aber mußte ich erfahren, daß Badehose und Frömmigkeit Feinde sind, und das hat mich gar nicht erfreut, ja Herrn Brudners wegen, der sich wirklich so viel Mühe macht, um die Vervollkommnung der, na eben der Badehose, war ich betrübt und betroffen.

Die Tage waren heiß zum Hinfallen. Noch in der Nacht glühten die Häuser und strömten ihren drückenden Gisthauch in die Straßen. Nur auf den Feldern und in den Wäldern draußen vor der Stadt war man befreit von dem Druck und den Dämpfen, die um die Häuser und Höfe sich drückten; und aus den Kronen der Bäume kam eine kühle Kühle.

Ja, es war so heiß, daß die Gläubigen keine Lust hatten, in die Kirche zu gehen, und weil die Geistlichen keinen Sinn darin sahen, vor leeren Bänken über die Laster der Welt zu lamentieren, kam einer von ihnen auf den genialen Gedanken, im Wald Gottesdienst zu halten. Er hatte auf einer kleinen Anhöhe im Brunwald, im Schatten von Nüssen und Büschen seine Schäflein um sich geschart.

Unten am Fuß des Abhangs funkelte in der Sonne der Brunwald-See.

Hier oben aber bei den Heiligen war es köstlich kühl, und man konnte im Zweifel darüber sein, ob diese Frische aus den Worten des Geistlichen floss, oder auf sanften Fittichen des Windes vom Wasser herauf zum Waldgottesdienst geföhrt wurde. Am Ufer des Sees war ein lautes und lustiges Leben.

Kinder und junge Männer, die in der Woche in Fabriken schuften mußten, befreiten sich in den Fluten vom Schweiß der Arbeit und freuten sich der weinigen, erfrischenden Kühle der Fluten. Sie tummelten sich in Badehosen am Ufer und turnten vom Wasser in den Wald und lagen lang auf dem weichen Moos und lachten in die Sonne.

Einer der Badehosenjünglinge aber war neugierig, was dort oben für eine Versammlung befsammen war, und er kam ganz nahe heran und stand in seinen Badehosen neben der gläubigen Gemeinde still und hörte harmlos zu.

Raum hatte der Geistliche die Badehose geschaut, schweig er ganz plötzlich, und es war, als habe der leibhaftige Gottsel-bei-uns ihm auf den Mund geschlagen.

Sofort ging der Kirchenbiener auf den Badehosenmann los und kanzelte ihn ganz gehörig ab: „Machen Sie, daß Sie fortkommen! Schämen Sie sich nicht, so roh zu sein!“

Bei diesen Worten gingen grade ein paar Arbeiter vorüber und der eine meinte:

„Na, na, man immer langsam fahr'n, die jungen Pferde hab'n Feld jekotet. Det is doch man fraglich, wer hier roh is. Ad floode, et is rene Rohheit, hier in'n Wald geistliche Pieder zu plärren und zu predigen, wo doch der Wald für jeden is.“

Die Badehose aber huschte wieder den Abhang hinunter und häpfte in den See.

Zwei junge Mädchen aus der gläubigen Gemeinde, brave und ehrbare Bürgerstöchter, bedauerten das Verschwinden der Badehose und waren sehr betrübt.

„Wie schade,“ flüsterte die eine der Freundin ins Ohr. „Dast du gesehn, wie schön er war und was für einen schlanken Körper er hatte.“

Ich hörte die traurigen Worte und mußte, daß diese beiden Freundinnen von wahrer Frömmigkeit ganz gefüllt waren! Paul Packan.

Elternbeiräte

Jetzt, nach den Elternbeiratswahlen, tritt an unsere zu Elternbeiräten gewählten Genossen die Frage heran: Was ist zu tun? Wie ist grundsätzliche sozialistische Erziehungsarbeit zu leisten? Wie läßt sich trotz des unzureichenden Gehaltes über die Elternbeiräte praktische Arbeit leisten?

Reichhaltiges Material über diese Fragen enthält die von unserm Genossen Dr. Kurt Löwenstein vor kurzem in zweiter veränderter und erweiterter Auflage erschienene Schrift:

„Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen“.

Genosse Löwenstein steht im Mittelpunkt der Berliner Schulkämpfe. Schon die erste Auflage seiner Schrift ist für weite sozialistische Kreise grundlegend gewesen und hat auch über den Rahmen der sozialistischen Kreise hinaus bedeutende Anerkennung gefunden. Die soeben erschienene zweite Auflage hat wesentliche Bereicherung in der Darlegung der augenblicklich höchst aktuellen Fragen (Wiederentwurf zum Art. 146. 2 der Reichsverfassung) aufzunehmen. Sehr wertvoll, Schulgeld und dergl. mehr erfahren. Die Schrift, die in den Kreisen der Kulturpolitiker, der Lehrer zu interessiertem Nachdenken angeregt hat, ist für Eltern, insbesondere für Elternbeiräte ein sicherer und unentbehrlicher Führer und Ratgeber für ihre Tätigkeit. Die Schrift kostet im Buchhandel 30 M. Der Verlag, die Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 89, liefert sie an Organisationen und an Elternbeiräte zum ermäßigten Preise von 24 M. Interessenten wollen ihre Bestellung möglichst umgehend aufgeben, da der Preis in kurzer Zeit erhöht werden muß.

Auf dem Boden der Republik... In der letzten Sitzung der Berliner Bezirksversammlung Friedrichshain wurde von sozialistischer Seite der Antrag gestellt, aus den Schulen des Bezirks sämtliche Hohenzollernbilder und ihrer Günstlinge zu entfernen. Dagegen erhoben die bürgerlichen Parteien geschlossenen Einspruch, dem aber von den sozialistischen Parteien nicht Folge geleistet wurde. Darauf trieben bürgerliche Obstruktion, indem sie den Saal verließen. Sie kehren aber nach wie vor auf dem Boden der demokratischen Republik.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die nächste Plenarvorstandssitzung findet am Mittwoch, den 7. Juni, abends 8 Uhr, in der Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 89, statt. Erscheinen dringend notwendig. Die Geschäftsleitung.

Festnahme eines sadistischen Unholdes

Seit längerer Zeit trieb in der Gegend von Friedenau und Schmargendorf ein Verbrecher sein Unwesen, der gestern durch die Entschlossenheit der Mutter eines mißhandelten Kindes unschädlich gemacht wurde. Wie wir schon einmal mitteilten, machte sich in jener Gegend ein junger Mann an kleine Mädchen, Schülerinnen und noch jüngere heran, beschuldigte sie, auf dem benachbarten Gelände eine Raube beschmutzt zu haben, wies sich mit einer blauen Karte, die er sichtlich zeigte, als Polizeibeamter aus und forderte die Kinder auf, ihm nach der Raube zu folgen. In ihrer Angst gingen dann auch die Kleinen in der Regel mit. Der „Polizeibeamte“ führte sie nun an eine abgelegene Stelle der Laubensfontäne und mißhandelte sie dort sadistisch in der schamlosesten Weise. Über 100 Anzeigen dieser Art liefen nach und nach bei der Kriminalpolizei ein, aber alle Beobachtungen blieben fruchtlos. Kriminalkommissar Dr. Kopp, der Leiter des Sonderbezirks für derartige Verbrechen und Verbrechen, ließ nun die Bewohnerschaft des ganzen Viertels warnen und um Mitarbeit zur Unschädlichmachung des Unholdes ersuchen. So gelang es, ihn gestern zu fassen. Wieder hatte er ein Mädchen so eingeschüchelt, daß es ihm nach einer Raube folgte, und es in seiner Art schwer mißhandelt. Das Kind lief nun gleich zur Mutter und sagte, was ihm geschehen sei. Die Frau erkannte sogleich, daß ihr Töchterchen dem vielgeliebten Sabinen in die Hände gefallen war, eilte nach der Raube, um seine Spur zu suchen und fand sie auch. Ein Maschinenmeister teilte ihr mit, daß er einen Mann mit dem Kinde gesehen und wahrgenommen hatte, daß das Kind weinte. Als er den Mann darüber zur Rede stellte, hatte er einen glaubwürdigen Grund angegeben. Als er hörte, was wirklich vorgegangen war, schwang sich der Maschinenmeister sofort auf sein Rad und schlug die Maschine ein, die der Unhold genommen hatte. Nachdem er unterwegs noch einen Beamten der Schutzpolizei aufmerksam gemacht hatte, holte er ihn dann an Wilmerdors ein und stellte ihn. Der Ertröppel spielte den Enttäuschten, zog einen Revolver und schlug auf den Maschinenmeister an, um seine Festnahme zu verhindern. Dieser aber kam einem Schuß mit einigen kräftigen Ohrfeigen zuvor. Der Verhaftete wurde festgesetzt als ein 25 Jahre alter Kaufmann Walter Kriskatt, der in Wilmerdors wohnt und dort schon seit längerer Zeit ein Verbandsmitglied betreibt. Bei seinem Verhör durch Kriminalkommissar Dr. Kopp leugnete er ebenso wie vorher. Der Kommissar holte aber sofort die mißhandelten Mädchen heran und stellte ihnen den Verhafteten in einer Gruppe anderer Männer gegenüber. Fast alle fanden ihn aus der Gruppe sofort heraus. Nur wenige, deren Mißhandlung schon lange zurückliegt, waren zweifelhaft. Bei ihm fand man auch noch die blaue Karte, mit der er sich als Polizeibeamter ausgeben hatte. Es ist eine Radfahrkarte, die unten den Volkstempel trägt. Dieser Stempel, den er unter Verdeckung des Inhalts der Karte allein vorzeigte, hatte die Kinder getäuscht.

Die Berliner Fahrpreiserhöhung amtlich verfügt. Die neuen Fahrpreise des Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs sind so oft unzutreffend angelegt worden, daß es von Interesse ist, wenn sie jetzt amtlich zum 1. Juli verfügt worden sind. Die Einheitspreise der Stadt- und Ringbahn und die Mindestpreise des Vorortverkehrs betragen für die Fahrt in den beiden Klassen 3,- und 4,50 Mk., für Monatskarten 80 und 120 Mk., für Wochenkarten 20 Mk. Bei den nahen Entfernungen treten Erhöhungen von 50 bis 60 Prozent, bei den mittleren um 10-20 Prozent ein. Bei den weiteren Entfernungen bleiben die Fahrpreise zum Teil unverändert, zum Teil werden sie ermäßigt.

Brotsortenliste. In der Woche vom 5. bis 11. Juni darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitte das Stichwort „Lichtersfelde“ tragen.

Kohlenarten. Vom 7. Juni 1923 ab wird Abschnitt 15 der 6- bis 70-Zentner-Kohlenarten zur Belieferung freigegeben mit der Maßgabe, daß auf diesen Abschnitt das doppelte Quantum der auf den Kohlenarten vorgesehenen Kohlenmenge abzugeben ist.

Die Abteilung Jugendpflege, -fürsorge, -gerichtshilfe, sowie die Fürsorgestellen des Bezirksjugendamts Prenzlauer Berg sind nach der Danziger Straße 61/63 verlegt worden.

Rein Glaschadenersatz wegen der Reußlauer Explosion. Durch die Explosion eines Umfällers im Reußlauer Gaswerk nach dem letzten angedeuteten Gemeindefestkreis sind zahlreiche Hauswirte, in deren Häusern die Fenster-scheiben zersprangen, zum Teil schwer geschädigt worden. Die Stadt Berlin hat die angemeldeten Schadenersatzansprüche zurückgewiesen mit der Begründung, daß nach §§ 23 und 24 BGB. ein Verschulden fahrlässiger Arbeiter nicht vorliegt. Gegen diesen Bescheid wollen die geschädigten Hauswirte gemeinschaftlich klagen. Sie müssen also, um einen Erfolg zu erzielen, den Nachweis führen, daß die Stadtverwaltung den Streik durch geeignete soziale Maßnahmen verhindern konnte und daß die Explosion mit dem nicht verhinderten Ausbruch des Streiks in ursächlichem Zusammenhang steht. Somit würden die Hauswirte in diesem Falle, damit sie zu ihrem Gelde kommen, im vollen Gegenfall zu ihrer sonstigen Politik, das Streikrecht und den damaligen Streikausbruch als notwendig anzuerkennen haben. Ein unmittlbares Verschulden bestimmter Gaswerkbeamten ist von keiner Seite behauptet worden.

Briefe, die sie nicht erreichten. Wegen fortgesetzter Unterschlagung von Briefsendungen ist der Postkassierer Erich Werna zu Reußlauer verhaftet worden. Schon seit Anfang des Jahres 1921 kamen in seinem Bereich Briefe abhandelt, deren Verbleib nicht ermittelt werden konnten. Auf den Postbriefträger fiel zunächst kein Verdacht, bis er jetzt von der Kriminalpolizei dienstliche entlarvt wurde. Der Unstreue behielt Briefe, die er ausgezogen hatte und in denen er Geld oder Geldwert vermutete, für sich und vernichtete den Umschlag. Auf diese Weise brachte er Dollarsnoten, Schecks usw. an sich. Die Schecks ließ er von seiner Frau abheben, um sich nicht durch seine Handschrift zu verraten. Einmal erbeutete W. einen Scheck über 25 000 Mk. Diesen ließ er, wie er behauptet, von einem jungen Burischen, den er nur unter dem Namen „Sportpaul“ kennen will, gegen eine Belohnung von 10 000 Mk. einstecken. „Sportpaul“ wird von der Kriminalpolizei noch gesucht. Der Verhaftete ist in mehr als 20 Fällen überführt und hat nach den bisherigen Ermittlungen sich über 50 000 Mk. widerrechtlich angeeignet. Weitere Geschädigte können sich bei der Kriminalpolizistenstelle in der Friederichstr. 129, Zimmer 128, melden.

Holzstauer und Baumrevolver. Mit dem erhöhten Waldschutz wird tatsächlich Ernst gemacht. Am Sonntag sind allein auf dem Bahnhof Rahnsdorf 12 Personen wegen Holzdiebstahls und in der Nachbarschaft des Freibades am Müggelsee 10 Ausflügler wegen Baumrevolvers festgesetzt worden. Drei der Festgenommenen hatten 1 1/2 Meter hohe Eichen aus dem Boden gegraben. Mehrere Stämme trugen Steigeisen und Äxte bei sich, um von den Bäumen Knüppelholz herunterzuschlagen. Man darf bei den Holzdiebstählen allerdings nicht vergessen, daß die Holzpreise ins fast unerschwingliche — tausend Mark für einen Raummeter — gestiegen sind. Nach dem Holzmarktwert greift aber kein Staatsanwalt.

Aus dem Lande der Millionäre

Staatsverfall und Schieber-Eldorado

Wer etwa meint, daß von Amerika die Rede ist, irrt. Ein uns benachbartes Land, das sozusagen Kammerverwandte Österreichs ist, das heute, so paradox es auch erscheinen mag, als das Land der — Millionäre bezeichnet werden muß, dessen Millionäre allerdings „Reichtümer“ besitzen, die sehr passiver Natur sind.

Eine kürzliche Fahrt nach Österreich hat dem Verfasser wieder einmal sehr deutlich den Verfall, der auf der ganzen Linie zu beobachten ist, vor Augen geführt, und von dem wir und von einigen anderen Dingen dies und jenes hier festhalten wollen.

Balkanisierung Österreichs

Schon immer galt der Satz, daß die Grenzen Ost-Österreichs die Eingangspforte zum Balkan bilden. Einen Vorgeschmack bekommen wir schon, wenn wir die österreichische Juggarnitur auf dem Anhalter Bahnhof, die über Passau läuft, zu sehen bekommen. Fast ausnahmslos befinden sich die Wagen in einem sehr schlechten Zustande. Verdrehte Fenster, das Wageninnere notdürftig zusammengeklammert, zerbrochene Wandschalen in den Toiletten und diese selbst oft in einem erbärmlichen Zustande. Die Wasserfüllung funktioniert oft nicht und was der reizenden Dinge, die einem Fernreisenden beschreiben werden können, mehr sind. Zum Glück gibt's bis zur Grenze eine deutsche Lokomotive und pünktlich kommen wir nach Passau. (Ich spreche aus Erfahrung.) Von Passau ab wird's „gemüht“. Die Lokomotive ist nie rechtzeitig da. Während der Zug längst abrollen sollte, wird aber an den Maschinen noch herumgebastelt. Die Ruhezeit wird totgeschlagen mit Streitereien der Passagiere wegen der Plätze, trotz Platzkartennummern, das niemals klappt. Im letzten Moment entdeckt die unübersehbare Bahnleitung, daß noch ein Wagon eingeschoben werden müsse! „Na also“, heißt's dann, „nur nei schimpfen, es geht ja eh“, wenn auch mit einer dreiviertelstündigen Verspätung. „Mir hol'n's ein“ erklärt der Herr Kondukteur, obwohl er weiß, daß dies nie eintrifft.

Um all die üblen Trinkgeldgewohnheiten auszuräumen, finden wir Ankräften in den Wagen, dem Dienstpersonal keine Trinkgelder anzubieten. Zudem wird die Fahrkartenkontrolle doppelt ausgeübt.

Die Bahnhöfe, nicht nur im „jüdischen“ Wien, sondern auch im rein deutschen Tirol, Oberösterreich usw. machen einen entsetzlichen Eindruck.

Schmutz ist Trumpf!

Die Bahnsteige sind wochenlang nicht gereinigt und voll mit Abfällen besät. Die Anlagen sind teilweise Jahrzehnte nicht repariert, Eisen und Gitterwerk ist verrostet, das Bahnpersonal abgerissen, die Büfets entsetzlich „proper“, die „Derischen“ osteuropäisch-russisch, kurz, der auf mitteleuropäische Reinlichkeit eingestellte Mensch kann sich vor der allgemeinen Unsauberkeit kaum retten. In diesen mehr äußerlichen Dingen kommt noch die Verwahrlosung der Wohnungen und Gaststätten. Total verwanzte Hotels und Wohnungen gibt's nicht nur in ganz Wien, sondern ebenso in Innsbruck und anderen rein deutschen Provinzstädten, die jede Konturrenz, mit Budapest und Belgrad etwa, aufnehmen. Selbst valutarstarke Ausländer klagen wegen Ungeistes in Wien von einem Hotel zum anderen...

Währung und Nepp

In diesen Annehmlichkeiten kommen noch die schrecklichen Geldverhältnisse. Die österreichische Krone ist jetzt etwa drei Pfennige wert, also fast wertlos. Das früher zirkulierende Wechselgeld ist längst — verhöhnen worden. Das Papiergeld ist ebenfalls verwunden. Es gibt wohl 1- und 2-Kronenscheine, die aber praktisch ebenfalls wertlos sind. Die eigentlich kleinste Note ist zehn Kronen. Wie wenig man dafür bekommt, werden wir gleich sehen. Der gefundene Wert der Krone kann auch daran erkannt werden, daß es jetzt 5000,-, 10 000,- und 50 000-Kronennoten gibt, mit denen selbst Arbeiter tagtäglich rechnen und hantieren. Alle Preise gehen, wie in Russland, in die Tausende. Mit 5000 höherem Geld aus Deutschland kommend, verliert man jede Orientierung in Österreich und erkennt erst durch arithmetische Exempel, daß viele Dinge noch viel teurer als bei uns sind.

Mammutpreise

Nur ein paar Angaben hier aus den letzten Tagen: 1200 Gramm Brot kosten jetzt 850 Kronen, etwa 28 Mark; ein Kilo Rindfleisch 3200 Kr.; Butter 6000—8000 Kr. das Kilo (ein Pfund etwa bis 130 Mark); ein Liter Milch 500 bis 600 Kr.; ein Kilo Schinken 5600 Kr.; Zwiebeln auf dem Markt ein Kilo 850—900 Kr.; Kohlen, ein Kilo 75 Kr.; ein anscheinender Herrenanzug in mittlerer Qualität 200 000 bis 250 000 Kr.; Schuhe in mittlerer Güte etwa 30 000—35 000 Kr.; ein Paar Damenstrümpfe guter Qualität 5000—6000 Kr.

Lebensmittel wie Fett, Käse, Wurst usw. werden von der großen Masse nur in 100-Gramm-Rationen gekauft. Preise für Möbel usw. sind wahnwitzig. Eine mittlere Einzimmervohnungseinrichtung hat einen Wert von einer Million Kronen. Jeder österreichische Wohnungsinhaber ist daher einfacher oder vielfacher Millionär, eine Tatsache, die kein anderes Land aufzuweisen hat und die deshalb den Titel dieser Abhandlung rechtfertigt. Die Restaurationspreise sind entsprechend, die höchsten von Amerikanern und Engländern als „billig“ befunden werden.

Es dürfte interessieren, welche Löhne und Gehälter bei solchen Preisen in Wien gezahlt werden. Die Wiener Arbeiterkammer ermittelte für die Woche vom 24. April bis 30. April 1923 folgende Mindestlohnätze: so erhält ein Maurer a. V. 690 Kronen pro Stunde oder 33 200 Kronen Wochenlohn, ein Federarbeiter 25 872 Kronen, ein Buchdrucker 25 290 Kronen, ein Möbelsticker in Akkord verdient 31 000 Kronen, ein Baumwollspinner 19 470 Kronen, ein Schloffer 34 267 Kronen pro Woche. In der Industrie erhält ein Schreiber 70 000—98 000 Kronen pro Monat, ein Konstrukteur 100 000—132 000 Kronen und ein Buchhalter 120 000—188 000 Kronen.

Für Deutsche, die dieses Jahr nach Tirol in die Berge zu gehen die Absicht haben, und die dies noch vergangenes

Jahr konnten, ist dies nun unmöglich. In all diesen Dingen kommt noch die üble Art des kleinlichen Neppes, den man überall in Österreich antrifft, nur mit dem Unterschied, daß er dort „Burzerer“ heißt. Die Garderobengebühr in den Theatern bezahlt man nicht nach Personen, sondern nach — abgegebenen Stücken. Selbst in den staatlichen Theatern kostet dieser Spaß 100 Kronen pro Stück. Berechnet man den höchsten Berliner Satz von 4 Mark für Theatergarderobe, so entspricht dies etwa 120 Kronen. In Österreich zahlt man hierfür das dreifache bis fünffache. Aber dafür ist man in Österreich!

Wien die Stadt der — Schieber!

Wien macht alles in allem einen deprimierenden Eindruck. Im Zentrum der Stadt macht sich ein perverter Luxus breit, in den übrigen Stadtteilen zeigt sich der Verfall in Reinkultur. Es wird nicht nur nichts gebaut, sondern auch nichts repariert. Vielfach gucken die verwitterten Ziegelsteine aus dem Verputz hervor. Ueberall Vandalismus und orientalische Note. Für die große Masse der städtischen Bevölkerung in Österreich gibt es so etwas wie eine Wohnungskultur überhaupt nicht. Fast alle Wiener Mietkasernen haben in jedem Stockwerk mit zum Teil über einem Dutzend Wohnungen nur eine gemeinsame Toilette, ohne Wasserfüllung und nur eine gemeinsame Wasserleitung. Gas, Elektrizität sind nur sehr wenig eingeführt und Zentralheizungen kaum bekannt.

Bei solchen Wohnungsverhältnissen hält man sich vielfach außer Haus auf und bevollt von früh morgens bis in die späte Nacht hinein die Cafés, die Erbay für Wohnungen und Büros bieten.

Man könnte fast behaupten, in ganz Deutschland gibt es nicht so viel herumlungernde Schmarober und Schieber wie allein in Wien. Ein großer Teil des Handels geht über diese jeder Kontrolle entzogenen Schieberkassen, die sich den langen lieben Tag mit abendlicher Grazie diskontierend und laut feilschend in den Cafés herumräteln.

Kontraste

Auf Schritt und Tritt die tragischsten Kontraste. Die Gaststätten verschmieren und herabgewürstet, die Keller mit entsetzlichen Fräden oder wie neuerdings nach deutscher Art mit weißen Jacken, die aber in Wien meistens einmal weiß waren, darunter langbärtige Kasanjuden, Bettler und Haufener ohne Zahl und vollgemästete hohelegante Schieber beider Konfessionen mit ihrem weiblichen Anhang in Blond und Schwarz. Dazu „Deutsch“ in allen möglichen Idiomen, außer Ungarisch und Slawisch, das viel zu hören ist.

Ein Idyll

Die Wiener Stadtbahn, eine Gürtelbahn, die teilweise das Zentrum der Stadt durchquert, hat schon seit Jahren den Betrieb eingestellt, die Bahnhöfe liegen verdet da, und über den Gleisen wuchert Unkraut...

Dabei liegt Wien wie keine zweite Großstadt der Welt an den Ausläufern der Alpen. In etwa einer halben Stunde vom Zentrum der Stadt kann man an Weinberge gelangen und am Fuße von Bergen mit einigen Hundert Metern sich befinden, wenn eine vernünftige Verkehrsverbindung vorhanden wäre. Aber all diese Vorzüge und Schönheiten sind durch diese rücksichtlosen Verkehrsverhältnisse der großen Masse fast unerschaffbar. Mitten durch Wien fließt ein Donaukanal, auf dem alle Ewigkeiten zur Sensation der Bevölkerung einmal ein Gefährt wahrzunehmen ist, wie vor einiger Zeit ein zum Besuch anreisendes italienisches Torpedoboot.

's Mailkästler!

Eine regelrechte Straßenpflege ist in Wien unbekannt. Nur wenige Straßen sind asphaltiert, dafür gibt es viele gekampfte Straßen und Gassen. In Konstantinopel sorgt die Hundemenge für die Beseitigung des Straßenabfalls. In Wien leisten diese Arbeit Wind und Wetter.

Ein echtes Wiener Mailkästler enthält Straßenschmutz, molekulare Kohäpel, Papierknäuel usw. Scheint die Sonne, und wird's haubig, so wird aus langen Schläuchen „gespritzt“, aber in so ausbreitendem Maße, daß man den so nun gebundenen Straßenschmutz mit an den Schuhen nach Hause trägt. Man kommt also um den Dreck nicht herum.

Österreich ist heute, ich verliere einen bekannten Ausspruch, eine einzige ordnungslose Schlammerei, gemildert höchstens durch „Gemühtlichkeit“ eigener Art.

Das Kultur-Wien

Inmitten dieser immer schon unzulänglichen Verhältnisse, die nach dem Zusammenbruch außerordentlich trüb in die Erscheinung traten, wird jedoch intensive Kultur getrieben, und zwar auf allen Gebieten. Erfolgreiche Kunst, zum Beispiel im Wiener Burtheater, das an sich in unberührter Reinheit da steht und als Schmuckstückchen und Milliardenjuwel bewertet werden muß. Hinzu kommt Musik und alle Wissenschaften.

Wien ist für die Kulturentwicklung Südeuropas außerordentlich wertvoll. Die Stadt und das ganze Land stellt einen großen Schmelztiegel dar, in dem alle südeuropäischen Stämme und Nationen hineingeworfen und gelutert werden, um so die Höherentwicklung der allgemeinen Kultur jener Gebiete zu fördern. Das ist eine eminent wichtige Aufgabe, an der alle Staaten interessiert sind oder sein sollten. Diese Rolle Österreichs und speziell Wiens, weiter mit ungeminderter Kraft ausüben zu können, sollten die Bestmächte sich angelegen sein lassen. Österreich, das verhältnismäßig viele bedeutende Musiker, Gelehrte, Künstler und nicht zuletzt — Austro-Marxisten hervorbrachte, müßte zu einer Art Kulturschutzgemeinschaft werden, für deren wirtschaftspolitische Existenz die übrige Welt sich um höherer Zwecke willen verpflichten müßte.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: nicht Infalligkeiten sind hier etwa von einem Ultra-Preußen verallgemeinert worden, sondern ein Landmann hält hier den Österreichern den Spiegel vor mit der Hoffnung auf Besserung, wo Kritik geübt wurde. B. R.

Hundesteuer. Der Magistrat hat zugestimmt, daß folgende Hunde steuerfrei bleiben: Führerhunde von Blinden, Diensthunde der Forst- und Polizeibeamten, Militärhundehunde, le ein Hund, der zum Schutze tauber, blinder oder ganz hilfloser Personen unentbehrlich und geeignet ist, ferner Hundehunde die zum Fortschaffen der zum Gewerbebetriebe ihres Halters unentbehrlichen Karren oder Wagen dienen; Hunde, die von selbständigen Wärdern und nicht ausschließlich im Interesse eines Grundstückseigentümers oder eines Betriebsunternehmers gehalten werden, sowie Hunde, die zur Bewachung von einzelnen Geschäften unentbehrlich sind und am Tage an der Kette liegen oder in einem ihre Freiheit vollständig ausschließendem Hause gehalten werden, und Hunde für Laubensfontänen in beschränkter Zahl, außerdem Hunde in Anstalten zu Forschungszwecken.

Der Luftmord in der Prenzlauer Straße harzt noch der Auffklärung. Der Mordverbrechenshäftigkeit ist noch ununterbrochen mit Zeugenvernehmungen und Ermittlungen beschäftigt, ohne daß sich jedoch eine bestimmte Spur ergab. Neben den als „Kinderfreunde“ der Kriminalpolizei bekannten und von Personen aus dem Publikum namhaft gemachten Männern werden auch Geistesranke die für die Tat in Frage kommen könnten, herangezogen, und es wird eingehend nachgeprüft, ob sie als Täter in Frage kommen. Nach allen bisherigen Feststellungen aber handelt es sich um die Untat eines jüdisch veranlagten Mannes. Weitere Ermittlungen nehmen die Kriminalkommissare Walzow und Bünger im Zimmer 68 des Prellner Polizeipräsidiums entgegen, insbesondere über die Wahrnehmungen, die vielleicht noch weitere Personen kurz vor dem Verbrechen gemacht haben.

Gewerkschaftliches

Militarisierung der Post

Die Reichspost gehört zu den Zweigen der deutschen Staatsbetriebe, die in jeglicher Beziehung am rüchstandigsten sind. Ihre ganzen an den Tag gelegten Methoden wirken nur verkehrshemmend, ohne daß das angestrebte Gleichgewicht im Postetat hergestellt wird. In polnischer Beziehung ist die Post der Hort des reaktionärsten monarchischen Kabinetts. Dieser Tatsache wird offiziell noch Vorwand geleistet. So erfahren wir u. a. im Nachrichtenblatt Nr. 44 des Reichspostministeriums, auf Seite 270, unter Abteilung München, daß als Postdirektor in München der Oberleutnant a. D. Eduard Sonntag, und nach Bad Reichenhall in gleicher Stellung der Major a. D. Carl Weinberger berufen wurde! Das Bestreben tritt danach deutlich hervor, den ganzen Beamtenkörper der Post weiter „homogen“ zu erhalten. Ähnlich wie früher beim Militär, so ist man jetzt auch bei der Post anscheinend der Ansicht, daß Hochkennnisse irgendwelcher Art zu diesem Posten nicht erforderlich sind. Zudem kommt noch folgendes: Diese Postdirektorenstellen sind reine Repräsentationsstellen, die vollkommen überflüssig sind und nur der Kostentlasten belasten.

Nicht nur der obere Beamtenkörper bei der Post wird so vollständig militärisch verfaßt, sondern auch in den unteren Rängen verfolgt man dieselbe Methode. Liegt gegen irgendwelchen unteren Postangestellten das Geringste vor, so wird sofort mit einem Oberpoststrat an der Spitze eine Kommission eingesetzt, die aufs peinlichste untersucht, auf welche Art man den betreffenden Sünder loswerden und auf die Strafe setzen kann. An deren Stelle werden dann sofort Militär anwärter, ehemalige Unteroffiziere, eingesetzt, denen man zudem noch alle Vergünstigungen gewährt, damit sie die erleichterten Hochprüfungen bestehen können.

Es vergeht kaum eine Woche, daß die sozialistische Presse nicht, gezwungen ist, allerlei Antimitäten „Aus Österreich Reich“ zu veröffentlichen, die zu einer stehenden Substanz in unserer Presse wurden. Die herrschende Bürokratie innerhalb der Post läßt es sich angelegen sein, jeden unbeweglichen Beamten und Angestellten bei der Post, der die Vorgänge innerhalb derselben kritisch betrachtet und ans Tageslicht zieht, aus dem Dienst zu treiben.

Unsere Genossen im Reichstag werden nicht umhin können, bei der nächsten Besprechung des Postetats wieder mal ausführlich auf diese Dinge einzugehen und dafür zu sorgen, daß jene überflüssigen Stellen innerhalb der Post beseitigt werden. Dies schon aus Rücksicht auf die steuerliche Belastung der Allgemeinheit, die das große Loch im Postetat stets zuzupfen muß.

Im übrigen hat die untere Angestelltenchaft stets dafür zu sorgen, daß die Räume jener reaktionären Beamtenelite bei der Reichspost nicht in den Himmel wachsen.

Deutsche Einheitsbefehle

Von den freilebenden und gemäßigten Anführern erhalten wir folgende Nachricht:

Am Dienstag nachmittag erschien in den Geschäftsräumen der Deutschen Einheitsbewegung (Industrieorganisation) ein Gerichtsvollzieher mit einem Herrn unter Vorweisung eines Gerichtsbeschlusses des Amtsgerichts Berlin-Mitte, welcher gegen den Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen gerichtet war, durch welchen es dieser Organisation bei Zahlung einer Konventionalstrafe von 500 M. für jeden widerhandelnden Fall verboten wurde, Streik für jeden widerhandelnden Fall zu erklären oder zurufen der Solidarität der Arbeiter und Parteigenossen vor den Geschäftsräumen der Puhmann-Vishpile, Schönhauser Allee 148 und 149, aufzustellen.

Anfolge des Formfehlers in der Adresse entspann sich ein Disput des Bevollmächtigten mit dem Gerichtsvollzieher, in welchem sich der unbekannte Herr einmischte. — Auf die Frage wer er eigentlich ist, antwortete der Gerichtsvollzieher, daß dieser Herr unter seinem Schutze stehe. — Von den Anwesenden wurde derselbe jedoch als Mittäter der Puhmann-Vishpile erkannt. — Da dieser Herr der wiederholten Aufforderung, die Verhandlungsräume zu verlassen, nicht nachkam, zeigten von Profenartierkäufe den nächsten Tag, ins Freie. — Dem Gerichtsvollzieher, der glaubte, sich auch nur mit Verhöhnungen der Hände verhalten zu machen, hätte in der nächsten Minute daselbe ereignet, jedoch sah er es noch zur rechten Zeit vor, die Räume zu verlassen.

Die freilebenden Vorführer lassen sich nicht bangen machen. — Das Landgericht I hat vor einigen Wochen erst einen bezüglichen Gerichtsbeschluss für null und nichtig erklärt. — Die freierwerblichen und organisierten Anführer spezieren diese Vorführer weiter.

Also ganz nach amerikanischer Manier arbeiten — oder versuchen es wenigstens — unsere deutschen Gerichte, die Arbeiter ihrer Rechte zu berauben. Wir hoffen, daß der rechtsstaatliche Justizminister, Dr. Radbruch solche Verhältnisse im Reine erkennt und uns vor Einheitsbefehlen deutscher „Güte“ bewahrt.

Verbrecherische Nachlässigkeit

Aus dem Weinhaus „Traube“.

In wiederholten Malen mußte sich die Arbeiterpresse mit diesem gottwidrigen Großbetrieb in Berlin beschäftigen. Erst vor einigen Tagen teilten wir mit, daß durch die frivole Nichtachtung der Geschäftsleitung gegenüber Menschenleben die in diesem Betriebe angestellte geweseene Minna Witt-Lowski um 12 Uhr nachts aus dem Fenster stürzte und tödlich verunglückte, weil man um diese Zeit im Weinhaus Traube — Fensterstößen nutzen läßt! Diesem skandalösen Verhalten reiht sich ein würdiger neuer Vorfall an:

Der Mann des Betriebsrats erhielt von der Firma ein Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wird, daß die Firma sich genötigt sehe, ihn fristlos zu entlassen, weil er gefährlich hätte, angesichts des obigen Unfalls, auf diesem Hause laße ein Fluch, der daran zu erkennen sei, daß hier unschuldige Menschen zu Tode kommen, neben anderen unheimlichen Behauptungen, die er angehtlich fallen ließ. Der Betriebsrat wird dann befehrt, was seine Pflicht im Betriebe sei. Es heißt dann: „Ihre schweibar beruhigend wirkensollenden Worte waren derart gekleidet, daß sie unter allen Umständen aufreizend wirken mußten.“ Dieses famose Dreck ist ebenso nichtig wie die Behauptungen der Firma.

Das schwer kompromittierte Unternehmen versucht nun, die Schuld von sich abzuwälzen und macht dem Betriebsrat den Vorwurf, er hätte nicht für Schutzvorrichtungen gesorgt. Dabei muß festgestellt werden, daß schon der vorjährige Betriebsrat sowie der jetzige auf das Fehlen jeglicher Schutzvorrichtungen hinwies und ausdrücklich verlangte, daß nachts das Fensterstößen zu unterbleiben habe. Demgegenüber erklärte die Geschäftsleitung des Weinhauses Traube, daß sie die Fenster nutzen lasse, wann immer es passe.

Wir hoffen, daß der Staatsanwalt da endlich energisch zugreift und die Firma darüber befehrt, was sie im Interesse ihrer Angestellten zu tun und zu lassen hat. Wir geben uns der weiteren Hoffnung hin, recht bald nach dieser Richtung hin etwas zu vernehmen.

Zum Schiedsspruch der Hochbahner

Zur Lohnbewegung der Berliner Hochbahn hat am 1. Juni das Reichsarbeitsministerium nach neunwöchiger Verhandlung einen Spruch gefällt, der für das technische Personal Löhne von 15,00 bis 16,50 M., für angelernte Arbeiter 15,50 bis 17,00 M., Handwerker 16,50 bis 18,00 M., Vorarbeiter und Telefonisten 14,50 bis 15,70 M., Arbeiterinnen 10,75 bis 11,50 M., für Zugführer einen Monatslohn bis 25,00 M. und für Zugführer u. a. 24,00 bis 24,80 M. vorsteht.

In diesem Schiedsspruch nahmen am 2. Juni die Funktionäre und nachher das Gesamtpersonal in einer Vollversammlung, die in der Friedrichstraße stattfand, Stellung. Einmütig stellten sich die Funktionäre sowie das Personal auf den Standpunkt, daß die Forderung in Anbetracht der jetzigen großen Teuerung eine Verhöhung darstellt und insofern abgelehnt werden muß. Es wurde den Gewerkschaften aufgegeben, in der Zeit bis zum 9. Juni weitere Verhandlungsmöglichkeiten nachzugehen. Sollten diese Versuche zu keiner Einigung führen, so hat erneut eine Funktionärerversammlung über weitere Schritte zu beschließen.

Nach dem Schiedsspruch bleiben die Bediensteten, Handwerker und Arbeiter bei der Berliner Hochbahn gegenüber den Reichsbetrieben zurüd, und zwar die verheirateten Berner von 1.— bis 1,06 M.; gegenüber den Arbeitern bei der Stadt Berlin um 1,50 M. drü. —

Dazu ist noch zu bemerken, daß diese Löhne im Reich und bei der Stadt bereits schon im Monat Mai gezahlt wurden.

Deutscher Verkehrsbund, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Zentralverband der Metallisten und Geizer

Zentralisierung der Arbeitsämter

Das Landesarbeitsamt macht darauf aufmerksam, daß jetzt auch für jeden der Innbezirke der Stadt Berlin ein Bezirksarbeitsamt gebildet worden ist, und das diese Bezirksarbeitsämter den Arbeitsnachweis zunächst für weibliches Personal, manche auch für ungelernete Arbeiterinnen übernehmen haben. Diese Zentralisierung ist notwendig geworden, um eine individuellere Arbeitsvermittlung und eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten zu ermöglichen. Die Arbeitgeber werden deshalb gebeten, ihre offenen Stellen zunächst in dem für ihren Bezirk zuständigen Arbeitsnachweis aufzugeben; andererseits sind aber die Beamten und Beamtinnen aller Arbeitsnachweise verpflichtet, jeden Auftrag anzunehmen und selbst an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Die Arbeitsnachweise für die Bezirke 1 bis 6 befinden sich: Bezirksamt 1. a) Gormannstr. 13, b) Oranienburger Str. 54, c) Fagerstr. 11. Bezirksamt 2. a) Eichhornstr. 1, b) Vauxstr. 1. Bezirksamt 3. Gerickestr. 35. Bezirksamt 4. Gormannstr. 13. Bezirksamt 5. Kopenstr. 1. Bezirksamt 6. Belle-Alliance-Platz 5.

Schiedsspruch für die Gemeindegewerkschaften

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Verwaltungs- und Magistratskommission über den 11. Tarifvertrag der Gemeindegewerkschaften am 2. Juni 1922 ergab folgendes: 1. Auf die durch Schiedsspruch vom 30. Mai 1922 festgelegten Löhne wird ab 1. Juni 1922 für alle über 18 Jahre alten

Bollarbeiter: eine Stundenlohnerrhöhung von 2,50 M. gewährt, 2. Jugendliche männliche erhalten im Alter von 14 Jahren 40 Proz., von 15 Jahren 50 Proz., von 16 Jahren 55 Proz. und von 17 Jahren 60 Proz. der Löhne der ungelerneten Bollarbeiter.

3. Die Rindererwerbsfähigen erhalten auf die Löhne des Schiedsspruches vom 30. 5. vorab einen Zuschlag von 10 Proz., außerdem auf die so normierten Löhne den verhältnismäßigen Zuschlag.

Die weiblichen Angestellten erhalten 75 Proz. der so errechneten männlichen Löhne. Bezüglich des weiblichen Personals der Pflanzarbeiten sollen erneut Verhandlungen aufgenommen werden über die Frage, inwieweit Pflanzarbeiterinnen usw. polwertige Männerarbeit verrichten.

Die Vertreter des Magistrats erklären, für die Anerkennung aller über 21 Jahre alten Arbeiter als Bollarbeiter eintreten zu wollen.

Schneider, geht nicht nach Hamburg

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband teilt mit: In Hamburg streiken seit sieben Wochen die Kollegen und Kolleginnen in der Damenmodebranche, weil die bis dahin bestehenden Arbeitsbedingungen, welche teilweise etwas günstiger waren, als die des Reichstarif vorlag, beseitigt werden sollten. Die Unternehmer führen diesen Kampf zielbewußt, um unseren Kollegen und Kolleginnen erworbene Rechte zu nehmen. Der Schlichtungsausschuss, welcher auf Veranlassung des Syndikats der Arbeitgeber angerufen wurde, entschied, daß die Sonderstellung Hamburgs am 1. August endet, spätestens aber vom 1. September d. J. ab, das Reichsschema für Hamburg in Kraft tritt. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, während die Arbeitnehmer denselben angenommen haben.

Trotzdem Pfingsten vor der Tür steht, also in der Schneiderei Hochkonjunktur ist, beharren die Arbeitgeber auf ihrem Herrenhandpunkt, die Arbeitnehmer sollen unbedingt zu Kreuze kriechen. Jetzt versuchen die Hamburger Unternehmer, in Berlin Arbeitskräfte zu bekommen.

Kollegen und Kolleginnen! Laßt euch nicht einfangen! Haltet euren Hamburger Kollegen und Kolleginnen nicht in den Rücken! Folgt den Streikenden der Hamburger Arbeitgeber nicht; denn ihr schädigt euch selbst!

Bankbeamtenstreik im Saargebiet

Wie der allgemeine Verband der Bankangestellten mitteilt, hat die Streiklage nach achtwöchiger Streikdauer eine wesentliche Besserung erfahren. Der Streik hat sich auf die Plätze Saarlouis, Remich, Dittweiler und St. Wendel ausgedehnt, der dadurch verzerrt wurde, daß die Banken im Saargebiet sich weigern, einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Begründung für diese Weigerung durch die Bankleitungen ist mehr als wertwichtig. „Hier kann uns niemand zwingen, etwas einzuführen, was uns nicht angenehm ist, oder was denka nicht daran, die Errungenschaften der Revolution hier einzuführen.“ sind Ausschüsse, die beweisen, daß sich die Bankleitungen die für die Angestellten des Saarlandes ungünstigen Rechtsverhältnisse in Arbeitnehmerfragen zu nahe machen wollen. So lassen sich Leute, die sich früher und auch heute noch als die Exploiteur des Deutschtums anpreisen, durch den Versailler Vertrag die Gleichheit halten. In der dritten Dessenlichkeit des Saargebietes herrscht berechtigte Empörung über dieses Vorgehen der Herren Bösching, Großh. Hentch und ihrer Trabanten. Es bleibt abzuwarten, was die Forderungen der Berliner Großbanken tun werden, um diesem beschämenden Treiben ihrer jaarländischen Filialdirektoren ein Ende zu setzen. Die Stimmung unter den Streikenden ist vorzüglich. Einmütig wurde beschlossen, den aufgezogenen Kampf bis zum unten Ende durchzuführen.

Lohnerrhöhungen der Bauarbeiter. Vor den Verbänden der Bauarbeiter und Zimmerer wird mitgeteilt: Das letzte Lohnabkommen im Hoch- und Betonbauergewerbe ist von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angenommen worden. Somit werden die tariflichen Stundenlöhne aller Arbeitergruppen des Hoch- und Betonbaues mit Wirkung vom 1. Juni 1922 ab um 6 M. erhöht. Die Werkzeugeentschädigung für Zimmerer wird von 15 auf 20 Pf. pro Stunde erhöht. Die Lohnsätze der einzelnen Kategorien sowie der Vorläufer des Tarifabkommens werden den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes im Mittelmaßblatt bekanntgegeben. — Der Lohn der im Stadt- und Städtbauergewerbe beschäftigten Kollegen erhöht sich um 7,20 M. die Stunde. Hilfsarbeiter erhalten den Lohn der Maurer. Der Lohn der Lehrlinge im Städtbauergewerbe beträgt im 1. Lehrjahr wöchentlich 107,50 M., im zweiten 120,00 M., im dritten 145,00 M., für Auszubildende 70,10 M. täglich.

U.S.P.D. Transportarbeiter! Am Donnerstag, den 8. Juni, abends 7 Uhr, findet in der Schulstra. 21, Stallschreiberstr. 14, eine wichtige Sitzung sämtlicher U.S.P.D.-Funktionäre und Generalversammlungsdelegierten statt. Sehr wichtige Tagesordnung! Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Bez. Verb. Berlin Brdgg. U.S.P.D. J. A. H. Holz.

Buchbinder! Das Lohnabkommen mit den Buchdruckerbetriebern mit Wirkung ab 1. Juni 1922 ist gekündigt. Zur Auszahlung kommen ab 1. Juni dieselben Beträge, wie sie für den Monat Mai vereinbart waren. Formulare über das neue Lohnabkommen sind am Dienstag abend auf unserem Büro, Engelstr. 24 II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 20/41, in Empfang zu nehmen. Die Branchenleitung.

Am Dienstag, den 6. Juni.

Reste & Abschnitte

zu portbilligen Preisen!

Matinée- u. Morgenstoff-Reste	37 ⁵⁰	Pack. u. Waschestoff-Reste	49 ⁵⁰	Scheuertücher	2 ⁷⁵	Tassen u. Untertassen	2 ⁹⁵
Graue Zellstoff-Reste	29 ⁵⁰	Wäsche-Stickerei	11 ⁵⁰	Hochwertig. Seifenpulver	2 ⁹⁵	1 kl. Post. moderner Damenhutformen	12 ⁵⁰
Hemdenbarchend-Reste	29 ⁵⁰	Wäsche-Borde	2 ⁴⁵	Blumenseifen	2 ²⁵	1 kl. Post. entastek. Damenblusen	79 ⁰⁰
Mottige Blusenflanell-Reste	49 ⁵⁰	1 kleiner Posten Damen- u. Herren-Taschentücher	4 ⁹⁵	Schulbleistifte	95 ^{Pl.}	1 kl. Post. Damenkleider	278 ⁵⁰
Doppelbrille Schottenstoff-Reste	69 ⁵⁰	Herr.-Panama-Sportkragen	8 ⁹⁵	Speiseteller	2 ⁴⁵	Korsette	89 ⁵⁰

Das Kaufhaus des Nordens

LOEWENBERG & CO

Swinemünderstrasse 86
König-Lortzingsstrasse

